

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonietzelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 24. August 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3. Kernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Der weltpolitische Zolltarif.

Dem Vernehmen nach sollen jetzt seitens des Reichsamts des Innern die Handelskammern zu Gutachten über die Frage aufgefordert werden, ob bei dem neuen deutschen Zolltarif die Verzollung nach dem Brutto- oder Nettogewicht erfolgen soll und, im letzteren Fall, ob das Verpackungsmaterial, je nach seiner Beschaffenheit, besonders verzollt werden soll. Diese Maßregel, die zu den Erhöhungen der Zollsätze noch eine Extra-Erhöhung bringen soll, würde nichts anderes bedeuten, als eine Erhöhung der Wareneinfuhr und soll offenbar auch gar keinen andern Zweck haben. Man darf gespannt darauf sein, wie die Antwort der deutschen Handelskammern ausfallen wird. Sie wird geteilt sein, je nachdem in dem Bezirk der Kammer die Exportindustrie vorherrscht oder solche Industrie, die nur für den heimischen Markt arbeitet und hohe Zölle und erschwerte Einfuhr wünscht, um unbeschädigt von der ausländischen Konkurrenz, den deutschen Konsumenten ausplündern zu können.

Die Vorbereitungen des neuen Zolltarifs müssen, je länger sie dauern, um so mehr das Interesse der deutschen Arbeiterklasse erwecken, denn immer mehr zeigt es sich, daß die habgierige, beutungsrige Clique der Hochschutzzöllner aus der Haut der Arbeiter Kleinen schneiden will. Die Geheimräte im Reichsamt des Innern sind von ihnen offenbar vollständig gefangen genommen worden, denn nach allem, was man bisher über die Vorbereitung des neuen Zolltarifs gehört hat, haben darin die Ideen der Hochschutzzöllner die weitestgehende Berücksichtigung gefunden. Käuft ja einmal der Starke, den Graf Posadowsky „auf der harten Bahn des praktischen Lebens mühsam vorwärts schiebt“, nicht in der Richtung, in der die Reaktionäre ihn haben wollen, so stoßen ihre Plätter die wildsten Drohungen aus. Die „Deutsche Tageszeitung“ verübete vor ein paar Tagen den Anschlag der Agrarier in die radikale Opposition, wenn die Regierung sich unterläßt, den wüsten Forderungen der Brotverteurer beim neuen Zolltarif nicht in jeder Beziehung entgegenzukommen — eine an sich lächerliche Drohung —, doch die Regierung, die mit beiden Beinen in die auswärtigen Verpflichtungen der „Weltpolitik“ hineingesprungen ist, nimmt parlamentarisch eine viel zu schwache Position ein, um es auf einen ernsthaften Zwist mit den Agrariern ankommen lassen zu können. So bleibt agrarisch-hochschutzzöllnerisch Trumpf!

Zu ihren Vorbereitungsarbeiten ist die Regierung von Anfang an von dem Wirtschaftlichen Ausschuss beraten worden. Aus den Räumen des Reichstagsgebäudes, in denen der Ausschuss tagt, ist zwar nicht viel in die Öffentlichkeit gedrungen, doch soviel bemerkte man bald, daß die Hochschutzzöllner Oberwasser hatten. Und das war auch kein Wunder, denn wie jener kluge Mann, der selbst das Wetter zu machen in die Lage kam, kurz vor der Ernte bemerkte, daß er den Wind vergessen hatte, so hat Graf Posadowsky bei der Zusammenstellung des Wirtschaftlichen Ausschusses die Arbeiter als nicht existierend behandelt. Nicht eine deutsche Arbeiterkategorie hat im Ausschuss beratende Stimme bekommen, das Unternehmerinteresse war ausschließlich maßgebend und so kam man sich denn auch nicht wundern, wenn im Wirtschaftlichen Ausschuss nach den Interessen der Allgemeinheit nicht viel gefragt worden ist. Die Agrarier und ein Teil der Großindustriellen schlossen ein Kompromiß miteinander. Die Agrarier ließen sich die industriellen Hilfe zur Erlangung hoher landwirtschaftlicher Zölle, vor allen Dingen hohen Getreidezölle versprechen, dafür versprachen sie den Industriellen hohe Einfuhrzölle auf bestimmte Artikel, auf Fahrräder, Webstühle u. dergl. mehr. So war bald diese „nationale Einigkeit“ zwischen Agrariern und Industriellen hergestellt: Schutzzoll, Schutzzoll über alles, über alles in der Welt! wenn auch die deutschen Arbeiter betteln gehen.

Graf Posadowsky und seine Geheimräte sind nun gar nicht in der Lage, den anschwappenden Forderungen der Hochschutzzöllner irgendwelchen Widerstand entgegen zu setzen. Die Schöpferideen des neuen Zolltarifs entspringen nämlich einer geradezu trostlosen Gemütsverfassung. Am 14. Dezember des vorigen Jahres that Graf Posadowsky im Reichstag einen schon wieder vergessenen Ausspruch, dem er so viel Wichtigkeit beimaß, daß er ihn im Stenogramm herten ließ. Er sagte:

„Stellen Sie sich, bitte, vor: wenn Nordamerika in seiner ungeheuren Ausdehnung und mit dem Einfluß, den es auch auf andre amerikanische Staaten übt, und wenn ferner das englische Weltreich versucht, uns in dieser Weise mit unserer Produktion von dem Weltmarkt auszuschließen: ein wie verhältnismäßig kleiner Teil der civilisierten und halbcivilisierten Welt bleibt uns da noch übrig für unsre Fabrikate!“

Diese trostlose Weltanschauung hat beide den Innern ein verständnisvolles „Seht richtig!“ gesunden, und die Hochschutzzöllner haben alles getan, um die Wüter der neuen Zolltarifs in ihrer Ansicht zu bestärken, daß uns durch den Zusammenschluß der englischen Kolonien mit dem Mutterlande, durch die Abschließung Amerikas der Weltmarkt allmählich verloren gehe und wir deshalb bei neuen zollpolitischen Verhandlungen mit jenen Ländern auf die Export-Industrie keine Rücksicht zu nehmen brauchen, sondern den heimischen Markt pflügen, also „nationale Zollpolitik“ treiben müßten.

Nationale Zollpolitik! Das bedeutet teures Brot, teures Fleisch; Absperrung des deutschen Marktes für ausländische Produkte! In Wirklichkeit jedoch brauchen wir nicht zu fürchten, daß jemals die Staaten, die mit uns gegenwärtig Handel treiben, sich hermetisch von uns abschließen. Im Gegenteil wird die Entwicklung des Weltverkehrs dazu führen — wenn auch erst bei uns eine vernünftige

Handelspolitik betrieben wird — daß unsre Beziehungen zu andern Völkern sich immer enger gestalten werden.

Die agrarischen und großindustriellen Hochschutzzöllner aber machen sich das Schreckgespenst des Panamerikas und des Greater Britain zu unge. Unter seinem Zeichen wird der neue Zolltarif vorbereitet.

Von diesem Gesichtswinkel aus ist es auch begreiflich, warum ein Teil der deutschen Großindustrie mit so blindem Eifer mit in die Bahnen der „Weltpolitik“ gejaagt ist, die sich vorläufig zu dem blutigen China-Abenteuer verdrängt hat. Die deutsche Industrie kann zu einem Teil den Weltmarkt nur erreichen durch die Vermittlung von England, Amerika und, seit einigen Jahren, auch Rußlands. Unsere Waren laufen in die großen Handelszentralen jener Länder und verteilen sich von dort aus durch ein weit verzweigtes Handelssystem über die Erde. Die ausländischen Handelshäuser — zumal aber die englischen — lassen sich ihre Vermittlerrolle beim Warenkauf mit hohen Profiten bezahlen, die umso höher sind, je kühner sie sich fühlen. Es ist erklärlich, daß mit der Zeit bei den deutschen Unternehmern, namentlich seit die Preissteigerung der Rohprodukte und das Sinken der Warenpreise ihren Profit schmälerten, die brennende Wier erwachen mußte, die ausländischen Händlerprocente selbst in die Tasche zu stecken. Daran entwickelte sich der Englandhaß der deutschen Unternehmerypresse, der im südafrikanischen Arteege geradezu gefährlich zu werden begann. Man sagte im England der Händler, von dem man abhängig und dem man tributär ist, weil er den Weltmarkt besetzt und das Geschick der Agrarier: kein Ariecken vor dem Ausland, Deutschland muß unabhängig vom Ausland sein, lang gar lieblich in den Ohren gewisser Industriekreise, die nunmehr ihrerseits schrien: Deutschland muß eigene Absatzgebiete haben!

Das liegt der „Weltpolitik“ zu Grunde, der Flottenpolitik, der Pachtungs- und Hervordrängungspolitik, wie sie in neuerer Zeit von Deutschland betrieben wird!

Für die insgesamt 49 Proz. der deutschen Gesamtausfuhr, die nach Großbritannien, Rußland, Amerika, Niederlande, Frankreich gehen, sucht man Ertrag in eignen Absatzgebieten, die aus den heutigen Sandwüsten unter Kolonien durch die Heldenthaten der Weltpolitik hervorgehen sollen!

Und ob auch das Ziel noch so phantastisch ist und in noch so nebelhafter Ferne liegt, die Habgier der deutschen kapitalistischen Unternehmertums lechzt ihm entgegen.

Die einzig Klugen sind dabei die Agrarier, die man immer für dumm ansieht und die die Situation doch so vorteilhaft für sich auszunutzen wissen.

Wenn jetzt der neue Zolltarif in die gleichen Bahnen einlenkt, wird die deutsche Arbeiterklasse die Phantasierien der Hochschutzzöllner schwer zu bezahlen haben. Die hochgeschraubten Forderungen des deutschen Tarifs werden diejenigen Länder, von welchen wir auf dem Weltmarkt mehr oder minder abhängig sind, mit noch höheren Forderungen beantworten. Wir erschweren ihnen die Einfuhr bei uns, wofür, so erschweren sie uns die Einfuhr in ihren Ländern. Sichere Absatzgebiete gehen uns verloren für die nebelhaften „eigenen Märkte“ der Weltpolitik, die uns in fünfzig Jahren noch nicht ein Zehntel dessen einbringen werden, was wir jetzt an Reichszuflüssen in sie hineinschieben.

Verreis rauschen die Sturmögel der wirtschaftlichen Krise über uns: zwei Partielle großer Bauhäuser, unfaßliche Betriebs-einsparungen in der Spinnerei, Hunger und Arbeitslosigkeit in der Weberei, Absatzlaminitäten in der Eisenindustrie — und draußen auf dem chinesischen Arteegeheer der Beginn einer schwierigen internationalen Verwicklung.

In eine solche Situation paßt es, wenn unter dem Hurra der jankelischen Brot- und Fleischverteurer und der großindustriellen Deutscher unter bisherigen Absatzmärkte auf die Rüste der Weltpolitik gesetzt werden!

Keine Friedensverhandlungen.

Man hat in China Krieg geführt ohne daß die völkerrrechtlichen Voraussetzungen der Kriegserklärung gegeben waren. Da aber jetzt Li-Hung-Tschang um Frieden ersucht, verlangt man förmlich, daß er zuvor ein völkerrrechtlich gültiges Mandat der chinesischen Regierung vorzeigen solle. Erst hat man das Völkerrrecht beiseite geschoben und ohne Kriegserklärung die Taku-Forts genommen; da es jetzt gilt, Frieden und Ordnung zu schaffen, doch man auf Formalitäten und stößt den Friedensverhandlungen zurück. Man glaubt vielleicht, hierdurch die auf der Flucht befindliche Kaiserin selbst zur Annäherung von Verhandlungen zu nötigen. Mittlerweile vergeht aber kostbare Zeit, in der durch gemeinsame Bemühungen der Mächte und des in ganz China anherberauschenden Li-Hung-Tschang viele Verhängung geschaffen und neue Unruhen vermieden werden könnten. Die Mächte beharren, nach der leichten Ermahnung Peking in neuem Selbstbewußtsein schwebend, auf gewalttätiger Behandlung der chinesischen Angelegenheiten. Anstatt einzulenken und die Chinesen zu freiwilliger Vernichtung zu leiten, will man mit Gewalt und Abschreckung den Widerstand brechen, der doch durch Anwendung von Gewalt und Abschreckungsversuche erst hervorgerufen worden ist. Es wäre nicht wunderbar, wenn diese falsche Methode der Mächte zu weiteren kriegertischen Unternehmungen der Chinesen führen würde.

Die Mächte beordern einen Teil ihrer im Golf von Peking befindlichen Kriegsschiffe südwärts. Angeblich nur zum Schutz ihrer in den mittleren und südlichen Provinzen lebenden Landesangehörigen. In Wirklichkeit ist der treibende Beweggrund die

Rivalität der europäischen Mächte, die keiner Macht am Jangtschiang und im Süden den Vorrang zu lassen wünschen. Der Gegensatz zwischen dem alten ostasiatischen Dreieck — Rußland, Deutschland, Frankreich — und der Gruppe Amerika, England, Japan macht sich nach der glücklichen Beendigung des gemeinsamen Unternehmens gegen Peking bereits wieder deutlich bemerkbar.

Abziehung Li-Hung-Tschangs.

Das Deutsche Bureau verbreitet folgende offiziöse Mitteilung: Auf einen Antrag des Vice-Königs Li-Hung-Tschang, in welchem die sofortige Zurückziehung der verbündeten Truppen und die Eröffnung von Friedensverhandlungen verlangt wird, hat die Deutsche Regierung erwidert, daß sie in Ermangelung gehöriger Vollmachten auf glücklicher Seite in Verhandlungen nicht eintreten könne.

Die „Daily Chronicle“ aus Washington vom 22. August gemeldet wird, werde die Regierung der Vereinigten Staaten dem chinesischen Gesandten folgende Antwort zu stellen:

Es habe sich zu erweisen, daß in China eine Regierung bestehe, welche in der Lage sei, den gegenwärtigen Wirren ein Ende zu machen. Nach Einstellung der Feindseligkeiten werde auch die amerikanische Regierung gern sich mit Li-Hung-Tschang in Verbindung setzen, um einen ehrenhaften Frieden zu schließen. Bis dahin werden die amerikanischen Truppen in Peking verbleiben.

Deutsche Verhältnisse.

Der zweite Admiral des deutschen Kreuzergeschwaders meldet ab Taku den 20. August:

Der Führer der deutschen Schutzwache in Peking, Soden, telegraphiert: Peking am 15. einleht. Gefallen: Matthes, Kollien, Wölle, Henschel, Kohnke, Böllig, Strauß, Abel, Reinhard, Rentmeister, Engel; schwerverwundet: Berger. Die übrigen 15 Verwundeten auf dem Wege der Besserung. Deutsches Landjägercorps ist noch nicht eingetroffen.

Der deutsche Marsch gegen Peking.

Der zweite Admiral des Kreuzergeschwaders meldet ab Taku den 20. August:

„Haut (S. M. S. „Herta“) ist am 18. früh mit dem Troch in Watou eingetroffen und mittags weitergegangen. Vorwärtskommen durch starken Strom und niedrigen Wasserstand erschwert.“

Das Bataillon Madai erreichte am 18. abends nach sehr anstrengendem Marsche Hanjau.

Erste deutsche Nachricht aus Peking.

Ueber Tientsin ist von dem kaiserlichen Konsul in Tientsin eine aus Peking vom 14. d. M. datierte Depesche des kaiserlichen Geschäftsträgers in Peking eingelaufen, wonach an demselben Tage der Entzug der Hauptstadt durch russische, japanische, englische und amerikanische Truppen stattgefunden hat. Dem Entzug ging in der Nacht vom 13. zum 14. August ein letzter während der Angriffs chinesischer Truppen gegen die Gesandtschaften voraus. Bei der Abwehr dieses Angriffs fiel ein Deutscher. Den härtesten Widerstand fanden an den nördlichen Thoren die Russen und die Japaner, während die Chinesenstadt von Engländern und Amerikanern schnell fortgenommen wurde. Mittags erschienen diese dann im Gesandtschaftsviertel. Die chinesischen Truppen zogen sich in die Kaiserstadt zurück. Die Bevölkerung verhält sich theilnahlos. Die verbündeten Truppen besetzten die Zugänge zur Kaiserstadt.

Gesicht bei Tientsin.

Washington, 23. August. Ein Kabeltelegramm des Admirals Meade aus Taku vom 20. August besagt: Das sechste amerikanische Kavallerie-Regiment und ungefähr 400 Briten und Japaner trieben gestern morgen 8 Meilen von Tientsin tausend Voger auseinander, 100 Chinesen wurden getödtet.

Im südlichen China.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: Die Bestimmungen für die in nächster Zeit in China vorzunehmenden Operationen lassen sich aus den neuesten Schiffsbewegungen erkennen. Bisher waren alle Kreuzer und Kanonenboote auf der Reede von Taku sowie auf dem Peiho vereinigt, neuerdings sind jedoch alle Kräfte vollständig auseinandergezogen. Die Hauptmacht sei nach zwei wichtigen Punkten im südlichen China dirigiert worden, während der Geschwaderchef mit dem Flaggschiff sich nach Shanghai begeben habe. Die ostasiatische Seemacht habe die Aufgabe, die schwer heimgesuchten, besonders jetzt hart bedrängten deutschen Missionare in Swatow sowie in den benachbarten Gebieten zu schützen, denen gegenüber von jeher die Chinesen besonders tiefen Haß gezeigt haben. (Aus welchen Gründen denn? Red.)

Der französische Konsul in Shanghai telegraphiert unter dem 20. d. M.: Die Stadt ist ruhig. Die Ausschiffung der französischen Truppen an unserer Konzeption wurde ohne Schwierigkeiten ausgeführt und hinterließ einen vorzüglichen Eindruck.

Der französische Konsul in Hankau telegraphiert am 20. d. M.: Am 20. d. M. wurde ein russischer Versuch gemacht in der Absicht, die Rauf und das Zollamt in Brand zu stecken. Der Vicekönig ergriff sofort Maßnahmen zur Unterdrückung der Bewegung. Die Haupttrabanten wurden verhaftet und zwei der Schuldigen enthauptet. Die beschlagnahmten Schriftstücke ergaben das Vorhandensein von Verschwörungen und einer geheimen Gesellschaft.

Redung des „Neuerlichen Bureau“ aus Shanghai: In Hankau sind verschiedene Fälle von Brandstiftungen vorgekommen. Die Einwohnerchaft ist indessen nicht beunruhigt. Die in Shanghai und Waiung befindlichen Kriegsschiffe beziffern sich im ganzen auf 27 Fahrzeuge mit einer Gesamtbesatzung von 7000 Mann. Doch sollen noch mehr Kriegsschiffe eintreffen. Am 28. August wird Shanghai zur Fete des Falles von Peking

Illuminieren. (Eine derartige Siegesfeier vor den Augen der Chinesen bedeutet eine höchst irrwitzige Herausforderung. Red.)

Jang-Pü über die Ursachen des Fremdenhasses.

Der in Wien beglaubigte chinesische Gesandte Jang-Pü hat an den Vorkämpfer der Friedensbewegung, Herrn v. Zuttner, ein Schreiben gerichtet, in welchem er sich über die Ursachen des zu so schrecklicher Explosion gelangten Fremdenhasses in China äußert. Jang-Pü schreibt: Die erste Ursache, die den gegenwärtigen Konflikt vorbereitet und herbeigeführt hat, liegt in dem Haß, den das chinesische Volk den Christen geschworen hat. Allerdings ist das Ziel der fremden Missionäre, andern gutes zu erweisen, sehr lobenswert, doch in all-gemeinen wollen die gültenden Chinesen um nichts in der Welt die Religion ihrer Väter aufgeben, um einen andern Glauben anzunehmen, welcher ihnen vollkommen fremd ist. Hieraus folgt, daß die Neubekehrten leider in großer Zahl unehrliche Leute sind, welche sich unter dem Deckmantel der Kirche verbergen, um sich ihren bösen Leidenschaften hinzugeben, als da sind: gefahrlos ihren Landsleuten Prozesse anzuhängen, diese zu schädigen und zu berauben. Die Empfindungen des Volks, die anfänglich nur Horn und Enttäuschung waren, haben sich nun in unerbittlichen Haß gewandelt, dessen Wutausbrüche man nicht mehr eindämmen kann. Die Chinesen wollen sich ebenso wenig zum Christentum bekehren, wie sich die Europäer zu den Lehren des Konfuzius bekennen würden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. August.

Sunniferung.

Die der Krieg die bestialischsten Triebe im Menschen entfacht, das zeigen die nun einlaufenden Soldatenbriefe aus China, wozin wir als Kulturbringer zu kommen uns rühmen. Die „Krefelder Zeitung“ veröffentlicht den Brief eines Krefelders, welcher in China den Nachzug mitmacht. Der Brief ist datiert vom 8. Juli und wir entnehmen denselben folgendes: Wie es mir noch gehen wird, wer weiß es; aber noch haben wir nicht den Mut und unsern Humor verloren und werden es auch nicht; zum Gohne der Menschheit trägt die Ableitung, wobei ich mich befinde, große Strohhaute, die wir den chinesischen Soldaten abgenommen haben. Wunderbarerweise ist der Gesundheitszustand der Truppen noch großartig trotz der Entbehrungen und Anstrengungen. . . An die Schießerei haben wir uns recht schnell gewöhnt, jede Nacht ist man draußen auf Wache und dann knallt es aus allen Ecken, man ist überhaupt nie sicher vor den hinterlistigen Chinesen. Leider dürfen wir nur auf bewaffnete oder solche Chinesen schießen, welche eine feindliche Haltung zeigen, die Russen und Japaner dagegen schießen und schießen alles über den Haufen, was ihnen vor den Bug kommt. . .

Im Heranbringen der Hinte an die Wade, im Brücken- und Säulenstrecken usw. haben wir schon eine große Fertigkeit erlangt. Die Russen dagegen krennen mit Vorliebe ganze Dörfer nieder. Wenn man es aber richtig bedenkt, ist so ein Krieg mit solch einem Volk wie Chinesen ganz was Entsetzliches! Welche den Verwundeten, die den fanatischen Chinesen in die Hände fallen! Leiden und Verwundete zerstückeln sie auf eine ganz barbarische Weise.

In einem andern Soldatenbrief, den ein Blatt in Elberfeld veröffentlicht, heißt es aus den Kämpfen bei Tientsin:

„Ich blieb mit Gottes Hilfe wieder unverwundet und wir kamen des Nachts wieder halbtot vor Müdigkeit in unserm Lager an. Die gefangenen Chinesen haben wir alle totgeschossen, aber auch alle Chinesen, die wir sahen und kriegten, haben wir alle niedergeschossen und geschossen, die Russen spickten kleine Kinder, Frauen und alles auf.“

Der Oberkommandierende der Centrumpartei. Die Centrumpresse hat sich seit der Einnahme von Peking schon vor jeder Stellungnahme zu der Frage, was nun geschehen soll, vorbeigeführt. Unser gestriger Scherz wider den Peking Stadtkommandanten hat den Erfolg, der „Germania“ ein wenig die Fänge gelöst zu haben. Das Centrumsorgan versichert uns, daß wir „in unflätiger Weise“ die Ereignisse in Chinas besprechen, und straspredigt uns also:

„Kann es einen größeren Hohn und Spott geben, als wie ihn hier der jetzigen nationalen Empfindensbare „Vorwärts“ über den Generalissimus der verbündeten Truppen in China ausgießt? Die Strategen des Socialistenblattes, welche den großen Kladderadatsch des Zusammenbruchs der bestehenden Gesellschaftsordnung vorbereiten, verstehen, nach den obigen Ausführungen über die militärischen Aufgaben in China, allerdings herzlich wenig von ihrem Metier. Es verhält eine Anzüglichkeit sonderergleichen, wenn der „Vorwärts“ meint, mit der Einnahme von Peking seien die Aufgaben der europäischen Mächte in China gelöst.“

Die „Germania“ irrt. Wir haben niemals behauptet, daß die europäischen Mächte mit der Einnahme von Peking alle ihre Aufgaben in China gelöst hätten. Im Gegenteil, die Mächte haben dort sehr viel zu thun. Sie haben vor allem die Urheber der jetzigen Wirren festzustellen. Sie haben die Thätigkeit der Herren Missionäre, der evangelischen wie deren vom „Germania“-Glauben, einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen. Sie haben für Sorge zu treffen, daß nicht ferner im östlichen Asien im Namen des Christentums die Grundlehren des Christentums schmählich entwürdigt werden.

Das fromme Centrum aber, die schon immer eifrige Schutztruppe der Gewaltpolitik, ist weit entfernt davon, für solche wirkliche Förderung des Christentums einzutreten.

Pardon wird nicht gegeben. . . Die „Post“ will jetzt einen „bekannten Rechtslehrer“ aufgefunden haben, der das Nicht-Pardon-gaben als Recht nachweist. Dieses Recht leitet er daher ab, daß die Chinesen keine Gewähr schonender Behandlung der Gefangenen geben. Wenn die angebliche Grausamkeit der Chinesen gegen Verwundete und Gefangene wirklich Thatsache ist, was wir noch keineswegs als erwiesen ansehen können, so bleibt es demnach eine eigenartige Rechtsauffassung, daß das Unrecht des andern das eigene Unrecht in Recht verwandelt. Solche Rechtslehre ist eines deutschen Delegierten zur Haager Konferenz würdig, der eine Friedensberatung beschützt, um den Krieg zu vertreiben.

Indank ist der Welt Lohn. Das hätte Herr v. Poddieleski sich nicht träumen lassen, daß er, der Forstheute neben Herrn Thielen in der amtlichen Socialistenbefragung, von einem Blatte wie der Stummischen „Post“ als Förderer der Socialdemokratie denunziert würde. Etwas gedankenlos ist der Leitartikel zwar, der diese Anfrage in die Welt hinausschmettert, eine eilte Hundstags-Verlegenheitsarbeit; und um ihren logischen Gehalt steht es ähnlich wie um jene Anfrage, die einen Schulzen seines Amtes für unwürdig erklärte, weil dieser eine Person bei sich aufgenommen hatte, die bei der Polizei im Geruch der Socialdemokratie stand. Aber da im Kampf gegen die Parteien des Umsturzes so manches möglich ist und jener Schulze wegen Heberbergung der Frau Palm wirklich in Rechtswegen ans Amt und Würden gebracht wurde, so soll es uns nicht wundern, wenn demnächst auch der forstliche Gularenoberst zerschmettert in die Reihen der Umsturzgenossen hinabfällt.

Um den Inhalt der Stummischen Anfrage ist es wie folgt bestellt: Die „Post“ in Gänsefüßchen, nämlich das bekannte Feldblatt, löstet ihrem Herrn ein Heidengeb. Diese Ausgaben, die allmählich auch nach Stummischer Ansicht als unnütz verpöndert gelten dürfen,

wachsen nun dadurch noch, daß die Reichspost bald den Etat der „Post“ um ein beträchtliches erhöhen wird. Sie legt nach dem neuen Posttarif die Bestellgebühr für täglich zweimal erscheinende Zeitungen nicht unerheblich hinauf. Und da die „Post“ eine täglich zweimal erscheinende Zeitung ist und ihr Herr in der Eigenmächtigkeit seiner Gewaltthätigkeit von einem Aufsichtsrath des Blatts bei dieser Gelegenheit noch nichts wissen will, so ärgert er sich über Herrn v. Poddieleski, und seine Bedenken müssen den Unglücklichen, der die Leibesgefühle der Zeitungen nach deren Gewicht und nicht nach deren Wohlgefühlen erheben läßt, deswegen ein über das andre Mal einen Förderer der Socialdemokratie schimpfen.

Aber der Herr ist ein schlechter Ratgeber. In ihrer Verärgerung ab der Herausgabe verzieht die „Post“ ganz, daß die indirekte Vernichtung der Socialdemokratie durch hohe Besteuerung ihrer und der ihr angeblich gefinnungsverwandten Presse ein sehr problematisches Ding ist, daß man aber, soweit die direkte, durch Maßregelungen verübte Vernichtung der Socialdemokratie in Betracht kommt, so leicht keinen besseren Vordiebstahl wieder kriegt. Wie, wenn der Reichsdank an Stelle des auf Antriebe der „Post“-Jeschwertexten plötzlich einen Postminister brächte, der sich wenig oder gar nicht um die politische Gefinnung und andre Privatangelegenheiten seiner Angehörten kümmerte?

Wieder eine Kaiserrede wird von der „A. V.“ veröffentlicht. Die Rede, die am 2. August vor den abreisenden Offizieren auf dem Transportdampfer „Rhein“ gehalten sein soll, enthält keinerlei Ausführungen, die nicht in den sonstigen Chinarreden des Kaisers enthalten gewesen wären, sodah der Abdruck der Rede unnötig erscheint. Hebriges scheint der Text sehr schlecht wiedergegeben worden zu sein. Denn es erscheint ausgeschlossen, daß der Kaiser den ihm zugeschriebenen Satz gebraucht hat: Die Republik Chile habe außer 100000 Mann für den Chinafeldzug an-geloten. —

Der Fall Dullio beschäftigte am Dienstag abermals die Stadt-verordneten-Versammlung in Königsberg. Einstimmig sprachen die Vertreter sämtlicher Parteien der Regierung in einer Resolution ihre Mißbilligung über die Nichterfüllung des Direktors Dr. Dullio zum befohlenen Stadtrat aus, der politische Motive zu Grunde lagen, die mit den Aufgaben der Kommunalverwaltung in keinem Zusammenhang ständen. Betont wurde in der Dienstags-Sitzung, daß die Regierung keinerlei Grund zu der Annahme habe, die Wahl Dullios bedeute eine politische Aktion des Freisinnigen, da der Freisinn in der Stadtverordneten-Versammlung nur über ein Drittel der Stimmen verfüge. Der Referent über den Fall Dullio konnte außerdem nicht uninteressante Angaben über eine Dr. Dullio durch eine Ministerialverfügung zu teil gewordene Verwarnung wegen dessen politischen Auftretens machen. Diese Verfügung habe nur ganz allgemein das politische Auftreten mißbilligt, ohne sich auf bestimmte Vorgänge zu beziehen.

Dr. Dullio fragte hierauf den Herrn Regierungspräsidenten, ob diese Ministerialverfügung im Sinne des Disciplinargesetzes aufzu-schaffen sei, er würde in diesem Falle das Rechtsmittel der Beschwerde dagegen ergreifen. Darauf wurde ihm erwidert, daß in der Ministerialverfügung ausdrücklich gesagt sei, sie solle kein Rechtsmittel im Sinne des Disciplinargesetzes sein, es gebe auch kein Rechtsmittel dagegen. Daraufhin hat Herr Dr. Dullio beantragt, daß ihm eine Abschrift dieser ihm nur verlesenen ministeriellen Verfügung zur Verfügung gestellt werde, damit er auf Grund der Abschrift in der Lage sei, weitere Schritte zu ergreifen. Diese Abschrift ist ohne Angabe von Gründen unter dem 9. August verweigert worden und plötzlich die ganze Ministerialverfügung, was vorher nicht der Fall war, als vertraulich bezeichnet worden. Man fragte ihn also an, man verurteile ihn, man vollstrecke das Urteil, ohne ihm gehört zu haben, ohne ihm Gelegenheit zur Verteidigung zu geben, und dann wollte man ihm auch noch Schweigen auferlegen über das, was ihm geschähe. —

Ueber die Ausschließlichkeit eines Anarchistengesetzes, gegen das sich selbst ein „genährtes Blatt“ wie der „Hansa Courier“ wende, vergiebt die „Kreuz-Zeitung“ blutige Zähne. Nicht minder nahe geht es ihr, daß die Bestrafung der Strafe der Auspeitschung anarchistischer Verbrecher die Rolle des Predigers in der Wüste spielen würden. Man kennt die gefühlvolle Schwärmeri unser reaktionären Presse für die Kunst. Hebriges ist es ganz unwoh, trotzdem es auch die liberale Presse zum Teil behauptet, daß das Los der Fürstentömer ein unsern humaneren Zeitanforderungen entsprechende relativ mildes sei. Brecht z. B. harrt nach den Auslosungen eines Mailänder Gefängnisdirektors zunächst eine zehnjährige Zügelhaft, die durch das Verbot, je auch nur eine Silbe zu sprechen, und durch die entsetzlichen Strafen, die auf der Uebertretung dieser und ähnlicher Verbote stehen, derart verhärtet ist, daß selbst ein robuster Mensch schon lange vor Ablauf der Einzelhaft zum idiotischen Krüppel geworden sein muß. Brecht ist ein Wöber, allein gegenüber einem Anarchisten, der einem Verwundeten mit dem Padekost im Gehirn herumwühlte, hebt er sich innerlich noch zu seinem Vorteil ab. Warum hat man für die Kolonialbestien nicht die Prügelstrafe verlangt? —

Janitschwarmer. Dem in Stettin tagenden Centralverband der Kaufleute Deutschlands“ lag folgender Antrag des Schwyereins für Handel und Gewerbe in Greifenberg in Pommern vor: „Der Centralverband wolle dahin wirken, daß der Befähigungs-Rahweis wieder eingeführt werde, und zwar in der Weise, daß ein jeder, der ein Geschäft oder Handwerk anfangen will, drei Jahre gelernt haben muß.“ Dieser Antrag wurde ohne weitere Erörterung damit erledigt, daß der Vorsitzende, Senator Schälge erklärte; Der Centralvorstand habe bereits in diesem Sinne eine Petition an den Reichstag gerichtet; letztere solle noch-mals eingereicht werden. —

Ein Flottenspektakel wurde am 19. August von dem Centralkomitee des Oberschlesischen Flottenvereins für den ober-schlesischen Industrie-bezug in Laurahütte abgehalten, dessen Ueberblick dem Flottenfonds — so wohl heißen Flottenagitationsfonds — zu gute kommen sollte. Da man die betrieblende Erfahrung gemacht hat, daß Flottenversammlungen nicht zuden, selbst wenn man das Publikum für die Rede der Vorträge durch Konzertnummern, Recitationen und Vorführung von Projektionsbildern entschädigte, war man auf die Idee ver-fallen, etwas ganz besonderes zu veranstalten. Daß keine Torpedoboots-Flottille zur Verfügung stand, war kein unüberwindbares Hindernis. Warum sollten sich die Ausstattungsstücke des Cirkus und des Tingeltangels nicht auch zu einem hochpatriotischen Zweck verwenden lassen? Mit Pöppe und Leinwand lassen sich die wunderbarsten Effekte erzielen, und so brachte es dann der Flottenverein fertig, den stannenden Oberschlesier, die man durch die Mittel einer bespiellosten Reklame herbeigelockt hatte, ein Marinebild von täuschender Echtheit vorzuführen: die Indienststellung eines Panzer-Kanonensbootes „Prinz Heinrich“ samt obligaten Behe-reden, eine Reihe von Schiffsmanövern, die Abfahrt nach Ostasien unter Abfeuern des Saluts von 21 Schüssen, abernolige weltpolitische Reden, eine Geburtsstagsfeier des Prinzen Heinrich, eine Besichtigung der Lafaforts, die Vornahme einer Limentaufe, ein Kampf mit chinesischen Seeräubern usw. usw. „Das Fest“, berichtet die enthusiastisierte Lokalpresse, verlief in vorzüglichster Weise und dürfte dank den zahlreichen Veranstaltungen, bei denen man sein Geld los werden konnte, eine recht hübsche Einnahme erzielt haben, so daß die Vermählungen des Komitees und der waderen Marinevereine nicht unsonst waren.“

Der Erfolg dieser karnevalistischen Flottenagitation dürfte dem-nach zur Nachahmung anspornen. Vielleicht würde es sich dann empfehlen, das Programm noch um einige besonders zugkräftige Nummern zu bereichern, z. B. die Niedermetzelung schlagkräftiger Knechtel, wozu für die Deutschen ein erziehlischer Ertrag für die in Spanien und Südfrankreich so beliebten Stiergefechte geschaffen wäre. Um die Scene realistisch zu gestalten, könnte man sich ja an die Behörden um Ueberlassung einiger „Anarchisten“ wenden. —

Die Ausländerfrage in der Schweiz.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Seit Jahren beschäftigt man sich in der Schweiz mit der Erörterung der Fremdenfrage und zwar sowohl in der Presse wie in Versammlungen und auch seitens der Behörden. Gegenwärtig ist die Angelegenheit beim Bundesrat bzw. bei der Bundesversammlung geordnet und zwar in dem Sinne, die Einbürgerung zu erleichtern. Die Schwierigkeit und namentlich die Kostspieligkeit der Einbürgerung ist eine der Haupt-ursachen, daß so wenig Ausländer das Schweizerbürgerrecht erwerben. Raum mehr als ca. 2000 Personen sind es, die Jahr für Jahr sich in der Schweiz naturalisieren lassen, während die Zahl der gegenwärtig hier domicilirenden Ausländer über 800 000, also etwa 10 Proz. der gesamten Bevölkerung der Schweiz ausmachen soll. Wenn aber noch bei dieser geringen Einbürgerungs-frequenz die Behörden rigoros verfahren und der Bundesrat alljährlich noch einen Teil der obnehmigen Bürgerrechtswerber ablehnt, so ist diese Praxis zu bedauern. Es ist überhaupt eine komplizierte Geschichte mit der Bürgerrechts-Anwerbung in der Schweiz, die viel Zeit, viel Geld und viel Geduld erfordert. Ist ein Ausländer im Besitze der Auswanderungs-Erlaubnis seiner Heimatbehörde, so hat er sich zuerst vom Bundesrat in Bern die Bewilligung zur Erwerbung eines Gemeinde-Bürgerrechts anstellen zu lassen, die 85 Fr. kostet. Sodann wendet er sich an eine Gemeindebehörde um die Erwerbung des Bürgerrechts und da beginnen neue und große Schwierigkeiten. Den einen Bürgerrechts-Bewerber lehnt von vornherein der Gemeinderat ab, den andern nimmt dieser zwar an, aber es weiß ihn die Gemeindeversammlung zurück, weil ihr seine Nase nicht gefällt, oder weil er zu viel Kinder und zu wenig oder gar kein Vermögen hat. Wird er aber auf-genommen, so hat er, je nach der Gemeinde, 300, 500, auch 1000 Fr. und noch mehr für das Gemeindebürgerrecht zu zahlen. Damit ist er dann aber noch immer nicht Schweizerbürger, denn auch die Zustimmung der Kantonsregierung bzw. die Erwerbung des Landrechts ist nötig, die wieder z. B. im Kanton Zürich 200 Fr. im Minimum und 500 Fr. im Maximum kostet. Die Erwerbung des Schweizerbürgerrechts ist also mit einem Kostenaufwand von 500, 800, 1000 Fr. und noch mehr verbunden und sieht deshalb den Besitz eines kleinen Kapitals voraus. Wenn in den öffentlichen Erörterungen über die Ausländer-sanktion mit dem Finanzpunkte nur untergeordnete Bedeutung beigelegt wird, so ist dies die Ursache der geringen Einbürgerungs-frequenz sein. Ist doch von den ca. 800 000 Ausländern in der Schweiz zweifellos der größte Teil der Arbeiterklasse angehörig und daher keineswegs so situiert, daß für ihn eine Summe von mehreren hundert bis tausend Franken und darüber keine Rolle spielte. Besserstuierte und reiche Ausländer scheuen ebenfalls die große Ausgabe und verzichten daher auf die Erwerbung des Schweizerbürgerrechts. Könnte dieses aber mit einer geringeren, auch für den Arbeiter leicht erdwindliche Summe erworben werden, so würden ohne Zweifel die Einbürgerungsziffern bedeutend höhere sein und das in der That aus verschiedenen Gründen bedenkliche Mißverhältnis der großen Zahl von Ausländern in der Schweiz zur Gesamtbevölkerung eine Besserung erfahren.

Der hauptsächlichste Grund, der heute Ausländer veranlaßt, trotz der großen Summe das Schweizerbürgerrecht zu erwerben, liegt meistens darin, die heranwachsenden Söhne davon zu bewahren, in das ihnen fremde Heimatland zur Leistung des Militärdienstes gehen lassen zu müssen. Der politischen Rechte wegen, die der Schweizer-bürger besitzt, dürfen wenige Ausländer sich naturalisieren lassen; machen doch Hunderttausende von Schweizerbürgern selbst keinen Gebrauch von ihren wichtigsten Rechten, auch bei wichtigsten Ent-scheidungen nicht.

Eine vielfach falsche Auffassung besteht in bürgerlichen Kreisen wie bei den schweizerischen Arbeitern auch über die Ursachen der massenhaften Zuwanderung von Ausländern. Da sollen es die guten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schweiz sein, die so ungeheure Anziehungskraft auf die ausländischen Arbeiter ausüben, während sie, abgesehen von Italien, nicht besser sind, als in den übrigen industriell entwickelten Ländern. In der Schweiz werden in jedem Industrie- und Gewerbebezuge eine Anzahl guter und eine noch größere Anzahl schlechter Arbeitslöhne gezahlt, wie in Deutschland, Frankreich, Oestreich und andern Ländern auch.

Dann sollen es die guten Schulen mit ihrer Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel und andern vollstämmlichen Ein-richtungen sein, welche die Ausländer anziehen. Dabei wird völlig übersehen, daß die meisten zureisenden Ausländer ledige Leute sind, die von jenen Einrichtungen gar nicht berührt werden. Die meisten verheirateten Ausländer in der Schweiz haben erst hier einen Familien-herd errichtet und darum sind auch sehr viele von den ca. 800 000 Ausländern in der Schweiz geborene Fremde. Kinder von Aus-ländern, um deretwillen gerade die Einbürgerungskosten auf einen kleinen Betrag reduziert werden sollten.

Von irgendwelchen Zwangsmitteln, die Zuwanderung von Aus-ländern zu erschweren, ist in den Erörterungen über die Ausländer-frage mit Recht nirgends die Rede — nicht der schönen Augen der Ausländer wegen, sondern weil es unmöglich ist, solche anzunehmen. In der Zeit der gegenseitigen Niederlassungsverträge wurden alle von der Schweiz gegen die Ausländer ergriffenen Maßregeln vom Ausland mit Repressalien beantwortet und da ca. 280 000 Schweizer im Ausland leben, deren Interessen schwer bedroht und geschädigt. Sodann ist man in der Schweiz auf den Zugang von Aus-ländern, speciell von ausländischen Arbeitskräften, zur Fort-führung der nationalen Wirtschaft angewiesen, da hierfür die in-ländischen Arbeitskräfte nicht ausreichen.

Es giebt also zur Regelung und befriedigenden Erledigung der Ausländerfrage in der Schweiz kein andres Mittel, als die Er-leichterung der Einbürgerung durch weitgehendes Entgegenkommen seitens der Behörden, namentlich der Gemeindebehörden, und sodann durch bedeutende Herabsetzung der Einlaufgebühren. So lange hier nicht Wandel geschaffen wird, bleibt die Ausländeralamität in der Schweiz fortbestehen. —

Der Rückzug Schymours.

Es laufen nun in Hülle ausführliche Schilderungen der kriege-rischen Ereignisse der Tientsin ein. Wir geben nachfolgend eine Darstellung des Rückzugs des englischen Admirals Schymour wieder, der an der Spitze einer durchaus ungenügenden Kolonne vergeblich den Einzug der in Peking Eingekerkerten versucht hatte. Im Pariser „Journal“ berichtet ein an der Expedition Teilgenosse:

„Nach acht Tagen des Marsches verarmte der Admiral Schymour, da er sah, daß die von 200 Verwundeten besetzte Kolonne nicht mehr weiter konnte und einem immer stärkeren Widerstande begegnete, einen Kriegsrat und gab eine klare Darstellung der Lage. Alle Welt sah die Unmöglichkeit ein, bis nach Peking vorzu-bringen und es wurde beschlossen, die überflüssig gewordenen Jüge im Stich zu lassen und die Ufer des Bei-Ho zu erreichen, um die Verwundeten in Sampang unterzubringen und nach Tientsin zu schleppen. Es wurde also Befehl zum Rückzug erteilt. Sobald die Jüge mit ihrem Material setzen gelassen worden waren, sah man die Chinesen sich auf sie stürzen und unter bestialischem Freudenrausch Feuer an sie legen. Die Kolonne drang bis zum Fluße vor: die Verwundeten wurden in Sampang untergebracht und der Rückzug begann langsam und mühe-voll unter den traurigsten Umständen. Die Expedition hatte keine Zugtiere zur Verfügung und die Kanonen mußten daher von Soldaten gezogen werden. Die Matrosen, unter den Pöffen fast erkrankt, mußten sich von etwas Reis nähren und das trübe Flußwasser trinken, das ganze Schwärme von Voreileknamen mit sich trieb. Die braven Leute legten die heroischste Opferfreudig-keit und einen der größten Lobeserhebungen würdigen Mut an den Tag. Bei jedem Dorfe, bei jeder Aufsehlung mußte ein Kampf geliefert werden, um sich durchzuschlagen, und da jetzt die regelmäßigen Truppen die Mehrheit in den feindlichen Scharen bildeten, gefalteten sich die Kämpfe viel ernster, als während des Vormarsches, und unsere Verluste wurden immer bedeutender.“

Während des gesamten Aufzugs besetzte ein edler Nach-
effertrieb die Soldaten der verschiedenen Nationen und
staltete sie mit der Naliblichkeit und der Disziplin aus, ohne die
ein Aufzug so schnell in eine wilde Plünderung ausartet. Das elende
Trinkwasser hatte aber bald zahlreiche Erkrankungen an der
Dysenterie zur Folge, so daß der Zug immer mehr überlastet wurde.
Man mußte sechs Kanonen, zwei englische, zwei russische, eine deutsche
und eine japanische zurücklassen, da Leute zum Fischen fehlten und
diese fielen somit den Feinden in die Hände. Vier Tage nach dem
Antritt des Aufzugs kam die Kolonne vor dem Belstarfenale an,
einer kolossalen Lagerstätte von Kanonen, Flinten und
Munition der chinesischen Armee, die eine mit zahl-
reichen Kanonen ausgerüstete Festung beherrschte und verteidigte.
Admiral Seymour beabsichtigte, sich dieses Arsenal zu bemächtigen.
Dieses leistete nur schwachen Widerstand und wurde ebenso wie das
Fort schnell genommen. Die europäischen Truppen verschanzten sich
in ihm und es wurde ein Kriegsrat zur Befreiung der Lage gehalten.
Diese war fürchtbar kritisch. Von allen Seiten tauchten gut bewaffnete
Chinesenschwärme auf, die über Artillerie verfügten, deren Schiffe
oft in das Arsenal einschlugen. Die Munition begann zu versiegen,
die Leute konnten sich infolge der Ermattung und Ueberanstrengung
kaum noch auf den Beinen halten und 300 Verwundete lagen in den
Campangs.

Unter diesen Umständen erschien es zweifelhaft, daß man sich
bei Tientsin durchschlagen könnte; ein solcher Versuch wäre mit
einem Preisgeben der gesamten Kolonne gleichbedeutend gewesen.
Eine unlagbare Angst schürzte Offiziere und Soldaten die Reihe
zusammen; jeder erkannte, daß vielleicht bald alles zu Ende sein
würde. „Und bleibt mir ein Versuch offen“, erklärte Admiral
Seymour: „Es befinden sich zahlreiche Truppen in Tientsin, da
is Takt fortwährend neue Soldaten angelant sein müssen. Das
Ausschleichen von Nachrichten unter Kolonne hat sie zweifel-
los in Aufregung und Unruhe versetzt. Wir müssen sie um jeden
Preis über unsere Lage in Kenntnis setzen und sie zu unserer
Hilfe herbeiführen.“ Alle anderen Offiziere schlossen sich
dieser Ansicht an und Lord Seymour versammelte eine
Compagnie Marine-Infanterie seiner Schiffe. Mit zitternder
und bewegter Stimme sagte er ihnen: „Marinesoldaten! Ich operiere
auf Eurer Opferwilligkeit und Euren Heldennut für die höchste Auf-
gabe. Ihr müßt vorkamrieren, die feindlichen Linien durchbrechen,
um jeden Preis eine Brücke schlagen. Ihr müßt nach Tientsin
zu kommen suchen und dort mitteilen, daß die Kolonne nicht
mehr weiter kann und daß man zu unserer Befreiung
herbeieilen muß. Vorwärts! Laßt die Toten da, wo sie fallen!
Seht die Verwundeten, die nicht zu folgen vermögen, als tot an
und laßt sie liegen! Wenn es sein muß, opfert Euch alle bis auf
einen, damit dieser am Ziele anlange. Mit Gott, meine Wadern,
mit Gott!“

Die Marinesoldaten stiegen ein Hurra aus, formierten sich
zum Angriff und stürzten aus dem Lager heraus. Einige Minuten
später begann ein heftiges Schießen. In dem europäischen Lager
berichtete die größte Aufregung. Wird diese Hundswölfe Heiden
mit ihrem verzweifelten Versuch Erfolg haben? fragte sich jeder mit
pochendem Herzen. Bald kamen aber die Schiffe, statt sich zu ent-
fernen, wieder näher und man sah die Marinesoldaten, die auf
dreißig Mann zusammengebrochen waren, in das Lager zurück-
eilen. In dem nur eine Viertelstunde währenden Kampfe hatten
sie 25 Tote verloren, darunter alle ihre Offiziere und ebenso viele
Verwundete; die Unteroffiziere, die darauf den Befehl übernommen
hatten, verzweifelten an einem Gelingen des heldenhafteu Versuches
und gaben Befehl, sich in das Arsenal zurückzuziehen. Eine dumpfe
Niederlage schickte sich über das Lager, als man die
letzte Hoffnung verweilt sah. In diesem Augenblicke glänzte wirklich
jeder, alles sei zu Ende und die Vernichtung der Seymourischen
Kolonne unabwendbar. Man traf die erforderlichen Vorkehrungen
für die Nacht, eine schreckliche Nacht, in der jeder düsteren Betrach-
tungen sich hingab.

Am nächsten Tage, dem 28. Juni, einem ewig denkwürdigen
Datum für alle Mitglieder der Expedition, bemerkte man in der
Ferne einige Reitergruppen, die man zunächst für reguläre chinesische
Soldaten hielt. Diese wurden allmählich zahlreicher und kamen
immer näher; man sah, wie sie die Chinesen kahlköpfig angriffen,
während diese nun geringen Widerstand leisteten und dann sich
zurückzogen. Es war ein Regiment Kosaken, das zwei Tage zuvor
von Port Arthur her angelant war und von zwei Regimentern
und einer Batterie unterstützt der Kolonne entgegenmarschierte,
von der man wußte, daß sie auf dem Aufzuge begriffen war. Die
Kosaken übten auf die Gemüter der Chinesen einen heilsamen
Schrecken aus und der russischen Kolonne wurde es somit nicht allzu
schwer, die Seymourische Expedition aus ihrer verzweifelten Lage zu
befreien.

England.

Die Neuwahlen für das englische Unterhaus sollen für die
erste Hälfte des Oktober zu erwarten sein, ergiebt sich noch
nirgends auch nur das leiseste Anzeichen einer Wahlagitation
bemerkbar macht. Man erklärt das damit, daß die Kon-
servativen und Liberalen Unionisten ihres Sieges ebenso
sicher seien, wie die Liberalen der unvermeidlichen Nieder-
lage. Bei den Wahlen von 1895 erlangten die Konservativen 340,
die Liberalen Unionisten 71 Mandate. Dieser Mehrheit von
411 Stimmen standen 177 Liberale, 70 Antiparmentisten und 12 Per-
sonen, zusammen 259 gegenüber, so daß die Mehrheit der
Regierungsparteien 152 Stimmen betrug; die Konservativen allein
verfügen über die absolute Mehrheit im Hause, 340 von
670 Stimmen. Bei den 1892 vorgenommenen Wahlen
hatten die Konservativen 289, die Liberalen Unionisten 48 Man-
date erlangt, zusammen 312, dagegen die Liberalen 274, die
Antiparmentisten 72 und die Einzelnen 9, zusammen 355, so daß die
Regierungsmehrheit Gladstones 43 Stimmen betrug.
Man nimmt an, daß die Liberalen diesmal in ihrem Bestehen
noch weiter zurückgehen werden und daß dem imperialistischen Flügel
Roosebergs die Mehrheit der Liberalen zufallen werde. Die englischen
Arbeiter werden ihren politischen Einfluß selber auch diesmal nicht
gehörig zur Geltung zu bringen wissen.

Schweden.

König Oskar hat das Schiedsrichteramt in der Frage der
Entschädigung der deutschen, englischen und amerikanischen Unter-
thanen wegen der letzten Unruhen auf Samoa angenommen.

Italien.

Ein äußerst scharfer Wind scheint jetzt in Italien zu wehen,
sofern folgende Meldung des Depeschensbüros Herold den Tatsa-
chen entspricht: Rom, 28. August. Der Unterrichtsminister ließ
die Kunstschule in Bologna schließen, weil der Lehrkörper
es unterlassen hatte, Anzeige davon zu machen, daß ein
Schüler des Bild des Königs zerstört hatte. Der ge-
samte Lehrkörper wurde infolgedessen entlassen. — Wie
verlautet, wird Monsignore Carnasse im Herbst als Promotus nach
Petersburg gehen.

Wenn das die Reformen des neuen Regiments sind, so wird
dem Anarchismus sicherlich der Boden nicht abgegraben werden.

Rußland.

Das Warschauer Kriegsgericht hat ein neues Opfer be-
kommen. Durch einen unerwarteten Erlass des kaiserlichen Innenministers
ist der Arbeiter Czerninski aus Czestochau von dem
Kriegsgericht nach den Gesetzen, die im Kriegsfall
Geltung haben, zu verurteilen. Czerninski soll der Social-
istischen Partei Polens, welche nach dem neuesten Maß den
Umsturz der in Rußland bestehenden Staatsordnung auf dem
Wege der verschiedensten Gewalttakte gegen ihr
unbequeme Personen erstrebt, angehört und mit einigen
unbekannten Kämpfern zusammen den Salofier Joseph Schauen-
burg am 3. November 1899 umgebracht haben. Der Verdacht war
geheimer Gendarmerie-Agent. — Das Kriegsgericht ist
im Laufe der letzten Jahre nur sehr wenige Male gegen Arbeiter in
Bewegung gesetzt worden. Das Urteil kommt in solchen Fällen schon

vor der Verhandlung von der Regierung — und das „Gericht“ ist
nur eine widerliche Geuchlei. Der Befehl von „Oben“ wird auf
jeden Fall ausgehalten.

Es ist auffällig, daß alle Angeklagten jetzt erst — viele Monate
nach vollzogener Ermordung des Spizels — dem Kriegsgericht über-
geben werden. Der gewaltige Aufschwung der „socialistischen Partei
Polens“ in der letzten Zeit, die imposante Demonstration scheint es
dem Generalgouverneur angelan zu haben. Das letzte Mittel —
einige grausame Urteile — soll die Arbeiter in Szepren verlegen!
Die russischen Gewaltthätiger werden aber auch diesmal erfahren,
daß alle ihre Mittel gegen die Arbeiterbewegung untauglich sind!

Bulgarien.

Der bulgarisch-rumänische Konflikt scheint bereits in ein
verlöblicheres Stadium getreten zu sein. Wie aus Wien ge-
meldet wird, hat der dortige bulgarische Gesandte erklärt, daß
man den Konflikt zwischen Rumänien und Bulgarien als beigelegt
betrachten könne. In wenigen Tagen würden sicher die früheren
normalen Verhältnisse zwischen den betreffenden Staaten wieder-
hergestellt sein und zwar infolge der letzten lokalen Erklärung der
bulgarischen Regierung.

Ufrika.

Vom Boerenkrieg. Lord Roberts meldet vom 23. August
aus Pretoria:

„Unser Bericht, daß seine Division gestern nach Bamwolsblei
15 Meilen südlich von Bellast marschierte; er habe beim Vormarsch
etwa 20 Mann verloren. Baget berichtet aus Gomskraal,
daß Baden-Powell gestern den ganzen Tag mit Kommandant
Grobiers Nachhut im Gefecht war; Grobler wurde östlich vom
Pienars-River zurückgetrieben und Baden-Powell besetzte daselbst gestern
Abend eine Eisenbahnstation. Während des Gefechtes kamen Baden-
Povells und des Feindes berittene Vorhut in ein Handgemenge;
hierbei erlitt das rhodesische Regiment schwere Ver-
luste; Oberst Spretley und vier Mann wurden getötet, ein
Leutnant und sechs Mann verwundet. Die Boeren ließen eine be-
trächtliche Anzahl von Toten und Verwundeten zurück; der Feind
wird von Blumer und Sidmann verfolgt. Es scheint ziemlich
sicher, daß De Wet es für hoffnungslos hält, mit Geschützen
und Wagen nach Osten zu marschieren und daß er deshalb
mit einigen berittenen Leuten den Magaliesberg wieder überschritten
hat, um in die Orange-Fluss-Kolonie zurückzulehren. Er wird dort
unter ganz andren Verhältnissen eintreffen, als die waren, unter
denen er Vellechem verließ. Dem damals hatte er sechs oder
acht Geschütze und 2000 Mann, und außerdem ließ er Prinslow
mit 5000 oder 6000 Mann in Vellechem zurück, von denen die meisten
jetzt auf dem Wege nach Ceylon sind; die meisten Geschütze sind
vergraben und De Wets persönliches Gefolge kann nicht mehr
als 300 Mann betragen. Steyn soll mit einer kleinen
Schutzwache Pienars-River überschritten haben, um mit
Krüger in Magaliesdorp zusammenzutreffen. Diese
Nachricht stammt aus verschiedenen Quellen. — Eine Abteilung
Boeren sprengte gestern einen Teil der Brücke 8 Meilen nördlich von
Revensville und zerstörte die Eisenbahnlinien 30 Meilen südlich von
Kewasjile. Carrington meldet, daß seine Vorposten gestern wiederum
in der Nähe von Ottoshop den Feind in ein Gefecht verwickelten.
Roberts scheint denn doch in dieser Richtung die Zahl der noch
kampfbereiten Boeren ebenso sehr zu unterschätzen, wie man
früher gerade auf englischer Seite die Zahl der Boeren über-
schätzt hat. Wenn die paar Hundert Mann, die Roberts De Wet
noch folgen läßt, den Engländern noch fortgesetzt so viel zu schaffen
machen, so muß es um die Kampfabigkeit und Strategie der Eng-
länder ja noch trauriger stehen, als man bisher anzunehmen wagte.
Daß die Boeren noch außerordentlich thätig sind, beweisen auch noch
folgende Nachrichten:

Pretoria, 22. August. Bullers Streitmacht ging aus der
Stellung von Dwyfsear nach Bamwolsblei 8 Meilen weiter nördlich
vor. Der Feind widerstand sich dem Vormarsche, es kam
wiederholt zu Plänkelleien. French ging gleichfalls in die Nähe
von Bamwolsblei vor.

London, 23. August. Die „Daily Telegraph“ aus Durban
meldet, hätten die Boeren den „Langen Tom“ in der Nähe von
Ingogo in Stellung gebracht; das Feuer desselben werde auf die
Eisenbahnbrücke bei Ingogo gerichtet.
Nach einer Meldung des „Standard“ aus Durban soll die
Eisenbahn nach Ladysmith in der Nähe von Hattingspruit in der
Nacht zum 22. von den Boeren beschädigt und infolgedessen ein
Güterzug entgleist sein.

Außerdem liegt noch eine Nachricht über eine Proklamatio-
n Krügers vor, die auch nicht gerade für den baldigen Zusammen-
bruch des Widerstands zengt:
In derselben heißt es, es sei unnütz, die Waffen niederzulegen,
dem Lord Roberts habe in seiner Proklamation erklärt, daß alle
Boeren im Alter von mehr als 12 Jahren als Gefangene angesehen
werden sollten, und daß er sie nach St. Helena schicken werde. Es
sei ebenso unnütz für die Bürger, ihre Kommandos zu verlassen,
denn je mehr sie sich ihren Farmen näherten, näherten sie sich auch
St. Helena.

Kapstadt, 22. August. Die gesetzgebende Versammlung er-
ledigte, nachdem ein Amendement mit 48 gegen 33 Stimmen ab-
gelehnt war, die zweite Lesung der Hochverratsbill.

Amerika.

Wie die Amerikaner kolonisieren.

Die amerikanischen Blätter veröffentlichten über die Grausam-
keiten, die das amerikanische Heer auf den Philippinen begeht,
geradezu haarsträubende Nachrichten. Dieselben Jankees, die die
Spanier der Grausamkeit bezichtigten, benehmen sich in ihren
Kämpfen mit den Tagalen wie wilde Indianer. Bei in Oroquieta,
im Norden von Mindanao, ein amerikanischer Soldat in einem Laden
von einem Eingebornen überfallen und ermordet wurde, tötete eine
Compagnie des 40. Infanterie-Regiments in Oroquieta 81 Ein-
geborene, 30 davon in einem einzigen Hause. Dam wurde
die Stadt bombardiert und in Brand gesteckt. Da die
Depesche, die über diese Hummenthat berichtete, von der Censur
durchgelassen wurde, muß die Nachricht wohl wahr sein. Die
Amerikaner behandeln die Tagalen nicht mehr als Gegner im offenen
Kampf, sondern als Banditen, denen gegenüber die niedrigsten
Kampfmittel gerade gut genug sind. Seit der Krieg mit Spanien
offiziell für beendet erklärt worden ist, haben die Amerikaner mehr
Philippiner getötet, als Spanien in sämtlichen Rebellionen zusammen.
Subalternoffiziere sind oft Richter und Henker in einer Person. Ob
hundert Eingeborene mehr oder weniger getötet werden, darauf
kommt es den schneidigen Herren nicht an. Vor der Dessenlich-
keit verspricht man den Gefangenen Amnestie, wenn sie
sich aber gestellt haben, schlachtet man sie hin wie Opfer-
tiere. Wenn das, was auf den Philippinen geschieht,
im vollen Umfange in Amerika bekannt würde, würde kein Mensch
glauben, daß so etwas unter der amerikanischen Flagge möglich wäre.
Soldaten und Offiziere machen sich in gleicher Weise der unmen-
schlichsten Thaten schuldig. Man ist geneigt, auch hier den berühmten
Trojaner als „Entschuldigungsgrund“ anzuführen. Sehr dar-
barisch war besonders die Art, wie die Jankees den Leichnam des
Tagalenführers Pio del Pilar behandelten. Dieser junge Mann,
der mit seinen Truppen den Aufzug Aguinaldos deckte,
war hochgebildet und wollte nach Beendigung des Feldzugs
in Amerika seine Studien wieder aufnehmen. Er wurde
aber in einen Hinterhalt gelockt und getötet. Die amerikanischen
Soldaten raubten ihm alle Wertgegenstände, rissen ihm sogar die
Kleider vom Leibe und ließen die Leiche unbestattet mitten auf
freiem Felde liegen. Es hat sich nach und nach die Praxis heraus-
gebildet, daß man, wenn irgend ein amerikanischer Soldat von
einem Eingebornen getötet wird, sämtliche Häuser der in der be-
treffenden Ortschaft wohnenden Tagalen in Brand steckt und die

Eingebornen links und rechts niedermäht wie Gras. Als der
Offizier Kiefer getötet wurde, trieb seine Compagnie eine ganze An-
zahl Tagalen zu Paaren und machte sie für immer stumm. Im Kriegs-
bericht hieß es, daß der Feind „mit großen Verlusten“ zurückge-
schlagen worden sei. Wenn man von den Eingebornen erfahren will, wo
sie ihre Waffen verstecken, legt man ihnen einfach Stride um den
Hals und würgt sie so lange, bis sie die Wahrheit sagen. Diese
Nachrichten könnten als übertrieben gelten, da sie sämtlich dem anti-
imperialistischen Blatt „The World“ entnommen sind. Aber jeder
Zweifel muß schwinden, wenn man die Tagesbefehle des Generals
Bates liest, der seinen Offizieren Grausamkeit und Unmenschlichkeit
vorwirft und ihnen strenge Strafen in Aussicht stellt, wenn sie die
Gefangenen nicht humaner behandeln würden.

Die Weltpolitik erzeugt allenthalben die gleiche Entartung. —

Der Socialismus in Rußisch-Polen.

Unter diesem Titel brachte der „Vorwärts“ eine anonyme Zu-
schrift, die des langen und breiten die Geschichte und den heutigen
Stand der socialistischen Bewegung in Polen behandelt, und zwar
in einer Weise, die der Wahrheit von Anfang bis zu Ende
im Gesicht schlägt. Es ist dies nämlich eine der bekannten
Leistungen des polnischen Social-Rationalismus, die von
Zeit zu Zeit, speciell aber vor jedem internationalen Kongreß, un-
vermeidlich auf die westeuropäischen Leser herunterrieseln, und die
den Jued haben, den uneingeweihten Genossen im Auslande auf
Grund völlig unkontrollierbarer Thatfachen und Berichte den fabel-
haftesten Begriff von der „Macht“ des Social-Patriotismus in Polen
beizubringen.

Auf die theoretische Seite der polnischen Frage hier einzugehen,
hat selbstverständlich keinen Zweck, umso mehr, als das Utopische des
Programms der Wiederherstellung Polens durch die Arbeiterpartei
in der heutigen Ordnung bereits längst (siehe die Diskussion in der
„Neuen Zeit“, im „Vorwärts“ und in der „Critica Sociale“ vom
Mai-Juni 1896) dargehalten worden und übrigens für jeden
mit den Verhältnissen einigermaßen vertrauten Politiker ohne weiteres
einsprechend ist. Sogar unser Liebknecht, der stets dies internationale
Ideal seiner Jugend mit der ihm eignen Treue und Ueberzeugungs-
kraft hochhielt, war zum Schluß zu der Einsicht gekommen, daß die
nationale Befreiung Polens im Rahmen der kapitalistischen Gesell-
schaft nicht erreichbar ist, und schrieb im März d. J. in einem
Brief an den Krakauer „Raprzo“: „Diese (die nationale)
Autonomie kann der heutige Kapitalismus nicht
mehr schaffen. Den Beweis haben wir in Oestreich. — — —
Nur der Socialismus wird den Schlaftruf: Noch
ist Polen nicht verloren! in Wirklichkeit um-
legen.“

Was die Geschichte der socialdemokratischen Bewegung in Polen
einer- und des Social-Patriotismus andererseits betrifft, so verweisen
wir wiederum den Leser auf unseren Artikel in den „Socialistischen
Monatsheften“ vom Oktober 1897. Hier wollen wir nur
kurz auf die schlagenden Thatfachen hinweisen, daß der Verfasser der
Zuschrift im „Vorwärts“ z. B. die Stirne hat, auf die Unkenntnis
der polnischen Sprache bei dem deutschen Leser spekulierend, die un-
barmherzige Konsequente Feindin jeder nationalistischen Färbung der
Arbeiterbewegung, die alte Partei „Proletariat“ als geschichtliche Vor-
gängerin der heutigen Social-Patrioten hinzustellen, daß er die
letzte Gruppe 1892 aus einer phantastischen Vereinigung von vier
socialistischen Gruppen hervorgehen läßt, während sie in Wahrheit
ihre Herkunft auf viel einfachere Weise: nämlich von vier jungen
Studenten herleitet, die für nationalitische Quertreibereien
aus der socialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurden.
Am bezeichnendsten wird aber auch für den Leser des
„Vorwärts“ die Thatfache sein, daß der Verfasser des Artikels,
nach ungenügendsten Münchhausfablen über imposante Manifestationen,
Parteilange, geschlossene und verweigerte Klagen und sonstige Macht-
aktionen des Social-Patriotismus, sich zu der Behauptung versteigt, daß
die „Socialistische Partei Polens“ (dieser Namen führen die Social-
Nationalisten) die einzige revolutionäre Organisation
des Landes“ sei, während der „Vorwärts“ doch selbst schon
unzählige Berichte über die Thätigkeit in Polen des social-
demokratischen „Jüdischen Arbeiterbundes Polens und Rußlands“,
sowohl wie erst neulich (aus Anlaß des großen Schuhmacherstreiks
in Wilna) über die „Socialdemokratie Rußisch-Polens und Littauens“
gebracht hat!

Uebrigens wären alle diese Verrenklungen der Wahrheit an sich
vielleicht doch nicht der Mühe wert, widerlegt zu werden, wenn sie
nicht im Dienste einer Strömung innerhalb der polnischen Arbeiter-
bewegung verbrochen wären, deren schädliche Folgen wir auch in
Deutschland so sehr zu spüren bekommen. Es ist nämlich dieselbe social-
nationalistische Richtung, die diesmal als „socialistische Partei Rußisch-
Polens“ in „Vorwärts“ Reklame im Hinblick auf den bevorstehenden
Pariser Kongreß zu machen sucht, die uns bisher alle praktische
Arbeit in der Provinz Polen und in Oberbesien durch ihre Ver-
heugungen und Quertreibereien erschwert, indem sie einen Keil
zwischen die polnische und die deutsche Socialdemokratie zu treiben
sucht. Und gerade deshalb halten wir es für unsere Pflicht,
die deutschen Genossen über den wahren Hintergrund solcher
literarischen Leistungen im Interesse der Parteibewegung zu in-
formieren.
Rosa Luxemburg.

Wir bemerken zu diesen Ausführungen der Genossin Luxemburg,
daß wir die Mitteilungen über den Socialismus in Rußisch-Polen
ausdrücklich als bloße Wideregabe aus dem Bericht des
dort bezeichneter polnischen Komitees gekennzeichnet haben.
Die Redaktion.

Partei-Nachrichten.

Ein Laudes-Parteitag der braunschweigischen Partei-
genossen tagte in Helmstedt. Er war von 38 Delegierten aus
26 Orten besucht. An den Bericht des Landesvorstands knüpfte sich
eine längere sehr lebhafte Debatte über die weitere Gestaltung
der Agitation. Wegen Mangels an Geldmitteln mußte leider
beschlossen werden, den Agitationskalender dieses Jahr ausfallen zu
lassen. Ein Agitationsblatt „Aundschau“, das bisher einmal aus-
gegeben wurde, soll nun jährlich zweimal verbreitet werden.

Auch über Gemeinde- und Landtagswahlen wurde lebhaft
debattiert. Die braunschweigischen Genossen haben sich bekanntlich voriges
Jahr, nachdem das Landtags-Wahlgesetz etwas revidiert worden war
und trotzdem immer noch das schlechteste aller deutschen Landtags-
Wahlgesetze geblieben ist, zum erstenmal an den Wahlen be-
teiligt. Wenn sie auch in einigen Orten ganz achtungswürdige Resultate
erzielten, so konnten sie doch kein Mandat erringen. Es machten
sich deshalb viele Stimmen für Abstinenz geltend. Man
sah jedoch schließlich von einer Entschreibung, da sie nicht
bringen ist, für diesmal ab. Dagegen beschloß man, für rege Be-
teiligung an den Gemeindevahlen zu agitieren.

Nach einem Referate Hermanns über die Landtags-Verhand-
lungen wegen gesetzlicher Beschaffung des Kontraktbruchs ländlicher
Arbeiter wurde folgende Resolution angenommen:
„Der Landes-Parteitag protestiert auf das lebhafteste gegen den
Verbruch der braunschweigischen Regierung, den Landarbeitern durch
das Gesetz bez. Verstraffung des Kontraktbruchs eine neue Fessel
anzulegen. Sollte das Gesetz wieder zur Verhandlung gelangen, so
werden die Genossen verpflichtet, eine rege Versammlungsagitation
im ganzen Lande dagegen zu entfalten.“

Nach längerer Debatte über die Presse, in der verschiedene Wünsche teils auf Vergrößerung, teils auf Verbilligung des Braunschweiger „Vollstreckung“ laut wurden, beschloß die Versammlung jedoch nicht gefaßt zu werden, ging der Parteitag zu Ende.

Aus Schwarzburg-Rudolstadt schreibt man uns: Unseres alten unerbittlichen Liedleins Tod erinnert uns auch daran, daß der Verstorbenen der erste Kandidat — allerdings nur Kandidat — war, der unterseits in unserm Reichstags-Wahlkreise aufgestellt wurde. Es war dies bei der ersten Wahl zum deutschen Reichstage, 1871, und vereinigten sich damals auf seinen Namen 444 Stimmen; gewählt wurde Eugen Richter mit 3252 Stimmen. Inzwischen ist der damals gestreckte Samen aufgegangen, wenn er auch viele Jahre fast leblos in der Erde ruhte, denn seit dem im Jahre 1887 datierenden kräftigen Aufstiege der sozialdemokratischen Bewegung in unserm Wahlkreise hat sich die Stimmenzahl gegen 1871 bis jetzt mehr als sechzehnfach vermehrt, denn 1898 wurden mehr sozialdemokratische Stimmen abgegeben, als 1871 Stimmen überhaupt, nämlich 7409 gegen 443. — Ist auch der Säemann gefallen, auf guten Boden fiel die Saat!

Eine Agitationschrift in polnischer Sprache: „Das Attentat des Kultusministers auf die polnische Sprache“, von Genosin Dr. Eugen Richter verfaßt, wird unter der polnischen Bevölkerung besonders verbreitet werden.

Politisches, Gerichtliches u. s. w.
— **Wegen „Verbreitung unächtlicher Schriften“**, ein Vergehen, das durch Aufnahme eines Inserats, Frauenklausur betreffend, begangen sein sollte, wurde Genosin Lejnen als ehemaliger verantwortlicher Redacteur der Chemnitzer „Vollstreckung“ vom dortigen Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

— **Wegen Verleumdung eines Gendarmen** wurden in Frankfurt a. M. zwei Arbeiter zu 15 und 10 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie ihm in einer Versammlung pflichtwidriges Verhalten vorgeworfen haben sollen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Kohlenarbeiterstreik ist aufgehoben. Die Ausständigen hielten gestern Abend eine stark besuchte Versammlung ab, in der über den Stand der Bewegung berichtet wurde. Von den Leitern der Bewegung wurde die gegenwärtige Situation eingehend erörtert und darauf hingewiesen, daß sich die Verhältnisse in letzter Zeit nicht günstig für die Ausständigen gestaltet haben. Leider hat ein Teil der Arbeiter gestern und vorgestern die Arbeit nach minimalen Lohnaufbesserungen aufgenommen, ohne die festgesetzten Forderungen anerkennen zu wollen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Unternehmer insofern eine längere Zeit mit den vorhandenen Arbeitskräften behelfen können. Allerdings sind immer noch mehrere sehr große Klagen zu verzeichnen, wo die Arbeit gänzlich ruht und einige Firmen haben die Forderungen in vollem Umfang bewilligt.

Es wurde ferner angeführt, daß mit der Möglichkeit einer weiteren Abmilderung unter den Ausständigen gerechnet werden muß und daß dann auch die Zugeständnisse der Unternehmer verloren gehen. Unter diesen Umständen den Streik weiterzuführen hielt die Leitung nicht für ratsam und sie empfahl die Wiederannahme der Arbeit zu den von den Unternehmern zustandenen Bedingungen. Wenn nicht mehr erzielt wurde, so trifft die Schuld lediglich diejenigen, die sich an die Beschlüsse nicht gehalten haben und Sache der Kohlenarbeiter wird es sein, mehr als bisher zu agitieren und zu organisieren, dann wird auch eine weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zweifellos gelingen.

Die Unternehmer haben gestern ebenfalls eine Versammlung abgehalten und beschloßen, keine weiteren Zugeständnisse zu machen. Die bewilligten Arbeitsbedingungen sind folgende: Tagelohn bei 11stündiger Arbeitszeit 3,75 M., Ueberstunden 40 Pf., Sonntagsarbeit 50 Pf., pro Stunde. Für das Ueberladen der Kohlen 4,50 M., auf dem Wege 4 M. Abtragen der Kohlen zur Kundschaf 2,75 M. Wochenlohn für die Arbeiter 25 M. Maßregelungen sollen nicht vorgenommen werden.

Nach längerer Debatte wurde schließlich mit großer Majorität beschlossen, die Arbeit bereits heute zu diesen Bedingungen aufzunehmen. In allen Fällen aber, wo Maßregelungen vorgenommen werden, wird der Ausstand fortgesetzt.

Wenn auch die angebotenen und gewiß sehr berechtigten Forderungen nicht durchgesetzt werden konnten, so ist immerhin eine Lohnaufbesserung von 1,50 M. pro Woche erzielt worden und der Kampf nicht vergebens gewesen.

Die Situation des Rüstungsmacher-Streiks wurde in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung als recht günstig bezeichnet. Einzelne kleine Werkstätten, die sich mit indifferenten Arbeitskräften versehen konnten, seien zwar verloren gegangen, dagegen habe sich die Zahl der Firmen, die bewilligt haben, wieder um 7 vermehrt. Die überwiegende Mehrheit der Kollegen arbeite bereits unter den geforderten Bedingungen, nur 72 befinden sich noch im Ausstand. Man könne also sagen: Wenn auch nicht alles, so sei doch schon sehr viel erreicht. Jetzt komme es hauptsächlich darauf an, daß der Widerstand der beiden großen Werkstätten, Erdmann und Fugl, die die Forderungen der Arbeiter noch nicht anerkennen wollen, gebrochen werde. Aber auch bezüglich dieser beiden Fabriken liege die Situation nicht ungünstig, denn sie seien nur mit ungeschulten Arbeitern besetzt, und würden deshalb in kurzer Zeit ebenfalls bewilligen müssen. — Eine Resolution folgenden Inhalts wurde angenommen: Die Versammlung ist mit der Thätigkeit der Streikkommission einverstanden, sie verpflichtet die Kollegen, so lange im Streik auszuharren, bis die einzelnen Fabrikanten mit der Kommission unterhandeln und überläßt es der letzteren, die zur Förderung der Bewegung geeigneten Schritte zu thun.

Achtung, Sattler! Wie wir erfahren haben, sind seitens der Militärstellen-Substanten Arbeiten an die Junna vergeben worden, von dieser wurden dann einzelne Junnagemeister mit Streikarbeit beauftragt. Wir bitten unsere Kollegen von der Privatfertigung, genau auszufragen und uns von jeder verdächtigen Arbeit sofort Mitteilung zu machen. Die Streikleitung.

Achtung, Leder-Galanteriewerker! Die Lederarbeiter der Firma A. Dietrich, Alterstr. 45, haben mit Hilfe ihrer guten Organisation sämtliche von ihnen geforderte Forderungen durchgesetzt. Ebenso wurde eine Lohnkommission anerkannt, welche einen Tarif anarbeiten soll und in Gemeinschaft mit den beiden Firmeninhabern die Accordpreise der nächsten Saison festzusetzen hat.

Wohlgelacht eine Ertragsgemeinschaft, welche den übrigen Kollegen als Auspost dienen muß.

Am selben Tage erkämpften sich die Kollegen der Firma Frigid, Philippstr. 9, eine Lohnzulage und Arbeitsbezahlung für Ueberstunden.

Die Kollegen der anderen Werkstätten werden nun aufgefordert, bevor sie bei ihrem Chef vorstellig werden wollen, dies dem Vertrauensmann, Kollegen Hermann Weinschild, Doppelstr. 34, mitzuteilen, denn nur die durch die Organisation erreichten Vorteile bieten uns die Garantie, daß die Unternehmer ihre Zusage halten.

Der Vertrauensmann, H. Weinschild.

Die Arbeitsniederlegung der Potsdamer Steinwerer hat den gewünschten Erfolg gehabt; bis auf die Firma S. Heim, die aber ihren Sitz in Berlin hat, haben die Meister sich bereit erklärt, den Mannern 45 Pf. Stundenlohn auch weiterhin zu zahlen. Allerdings verlangen die Herren Junnagemeister nun von den Arbeitern, daß diese auf Herrn Heim einen Druck ausüben, daß auch dieser die 45 Pf. zahlt, widrigenfalls sie die Bewilligung zurückziehen wollen. Herr Heim dagegen behauptet, Mannern für 40 Pf. in Berlin zu bekommen, was jedenfalls für die hiesigen Mannern von sehr großem Interesse sein dürfte.

Deutsches Reich.

Zur Ausperrung der Westarbeiter schreibt das „Hamb. Echo“ vom Mittwoch: Auf dem Kontinent, Hamburg-Amerika-Linie, haben 31 Maschinenbauer und Dreher die Arbeit eingestellt. Die Leute sollten mit Streikbrechern zusammenarbeiten. Da sie jedoch bereits gerichtliche Akte mit diesen Leuten gemacht haben, wollen sie dieses in Zukunft vermeiden und haben lieber die Arbeit

eingestellt. 14 Dodarbeiter und 16 Schiffszimmerleute der Firma Blohm u. Voß sollten in letzter Nacht 1 Uhr den Dampfer „Palatia“ docken. Die Arbeiter haben dem Beschluß ihrer letzten Versammlung hoch gehalten, nach Feierabend keine Dodarbeit zu verrichten und haben die Arbeit eingestellt. Die Meister sind hierauf nach dem Comptoir der Firma berufen worden, wo sie gefragt wurden, ob sie die Dodarbeit verrichten wollten, was sie sämtlich bejahten. Es ist dann auch die „Palatia“ von den Meistern und etwa 20 Lehrlingen gedockt worden. Heute morgen haben die Dodarbeiter des Elbdocs von Blohm und Voß die Arbeit eingestellt. Es sind hierauf die auf der Werft beschäftigten Schiffszimmerleute gefragt worden, ob sie die Dodarbeit verrichten und die Stellagen bauen wollten. Diese erklärten sich jedoch mit ihren Kollegen solidarisch und verweigerten die Arbeit. Hierauf sind sie sämtlich entlassen worden. Auf der Werft von Blohm u. Voß sind bis jetzt 22 fremde Metallarbeiter seit vorgestern beschäftigt; weiterer Zugang ist noch nicht erfolgt. Es sind hier in Hamburg eine Anzahl fremder Metallarbeiter auf Vorposten falscher Thatsachen angekommen, die jedoch von den Ausgesperrten sämtlich wieder abgehoben sind. Auf der Werft von H. C. Stülcken haben die Schiffszimmerer den Werksbesitzer von ihrem Verfallungsbeschlusse in Kenntnis gesetzt. Gestern sind dort 10 Mann, angeblich wegen Arbeitsmangels, entlassen worden.

Die Dreher und Waler der Steingutfabrik A. Schanz in Rheinsberg (Mark) stehen seit dem 22. August im Ausstande. Es gilt hauptsächlich: Anerkennung der Organisation, Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnverhöhung. Wir bitten um moralische Unterstützung. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Etwaige Anfragen etc. wollen man adressieren: Porzellanarbeiter-Rheinsberg (Mark) per Adresse: Paarmann. Die Streikleitung.

Achtung, Holzarbeiter! Die vereinigten Tischlermeister von Zuffenhausen suchen durch Zulieferung in verschiedenen bürgerlichen Wäntern 50 tüchtige Möbeltischler und einige Dreher unter Versicherung guter Bezahlung. Es sei deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Bau- und Möbeltischler, Drechsler, Polierer und Maschinenarbeiter in Zuffenhausen seit 12 Wochen im Streik befinden und daß es die Unternehmer bisher abgelehnt haben, mit den Arbeitern zu verhandeln.

Die Kollegen allerorts werden ersucht, auf diesen Sachverhalt zu achten und dafür zu sorgen, daß sich keine Streikbrecher finden, die uns unsern Kampf erschweren und unsern Sieg verhindern würden.

Steinarbeiterstreik. Am Neubau des Rathauses in München haben Mittwoch 51 Steinmänner die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer Lang u. Lohrli und Geschwender sind nämlich den Arbeitern vor drei Wochen insofern entgegengekommen, daß sie ihre Forderung auf Abschaffung der Accordarbeit und Einführung der Tagelohns genehmigten. Während dieser Zeit wurde der geforderte Tagelohn auch anstandslos ausbezahlt. Mittwoch freilich stellten die Unternehmer an die Arbeiter jedoch das Ansuchen, wieder in Accord zu arbeiten. Dieses lehnten die Arbeiter einmütig ab und da die Unternehmer auf ihrem Verlangen bestanden, legten die Steinmänner und Steinarbeiter die Arbeit nieder. Zugang von Steinarbeitern nach München ist zu meiden.

100 Glasarbeiter der Glashütte Ißch (Schneidemühl) sind infolge Lohnunterschieden in den Ausstand getreten. Zugang ist fernzuhalten.

Um die Errichtung eines Gewerbegerichts kämpft die Arbeiterkassette Arzfelds schon seit mehr als fünf Jahren. Alle Instanzen hat sie seither vergeblich angeregt; immer sagte das Interesse der Unternehmer, die von einer schnelleren Rechtsprechung durch sachverständige Richter keinen Vorteil für sich erwarten. Im Januar d. J. hat sich die bestehende Kommission endlich an das preussische Handelsministerium mit einer entsprechenden Eingabe gewendet; bis jetzt ist sie noch ohne Antwort! Fehlt es dem Handelsministerium an den nötigen Arbeitskräften?

Ausland.

Für den internationalen Kongress der Transportarbeiter, der am 12., 13. und 14. September in Paris abgehalten werden soll, wird jetzt die Tagesordnung verfaßt. Nach dem Geschäftsbericht werden die Resolutionen und Anträge diskutiert werden, die von verschiedenen Organisationen zu folgenden Hauptpunkten vorgelegt werden: Nationale Organisation, internationale Organisation, Streikreglement, gegenseitige Unterstützung bei Streik. Bis jetzt liegen nur vom Verband der deutschen Seecleute und der Föderation der schwebischen Transportarbeiter Anträge vor.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hält nun wieder seine regelmäßigen Mitgliederversammlungen ab. Die erste findet Montag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Remisbahnen statt und wird Herr Schriftsteller H. Strödel über das Thema „Dichtung und Proletariat“ referieren. Wir ersuchen um regen Besuch dieser Versammlung.

Außerdem zur Beachtung, daß an folgenden Stellen jederzeit Beiträge entgegengenommen werden: Frau Baucke, Postoderstraße 47; Frau Müller, Wiesenstr. 30; Frau Klossig, Koppenstr. 81, und Frau Panzeram, Pappel-Allee 128.

Von den Dienstangestellten Berlins, die, wie man uns schreibt, durch Säulen-Ausladung aufgefordert wurden, sich bei Morre-Rüch, Steglitzerstr. 35, zur Ausdrücke einzufinden, folgten nicht dazu viele dem Ruf, des von dem Verein Berliner Dienstangestellten und Dienstangestellten an sie erging. Je schwerer es ist, die Berufsgenossen des dienenden Standes zur Wahrung ihrer Interessen zu sammeln, um so mehr muß man die Energie anerkennen, mit welcher der Verein seine Ziele verfolgt. Schon ist ein nennenswerter Schritt gethan; der Stellennachweis ist seit dem 15. August eröffnet. Auch ist er schon von zahlreichen Damen in Anspruch genommen worden, trotzdem der Verein feste Bedingungen für Behandlung der Angestellten fordert. Was aber ausbleibt, sind eben diese Angestellten. Bei den lebhaftesten Klagen über die Kostspieligkeit und Unzulänglichkeit der Berufsvermittlung ist dies Resultat sehr überraschend und bedarf dringender Auffklärung. Ist die Annahme der Berichtserkosterin richtig, daß die Mitgliedschaft von Herrschaften Ursache der seltenen Erscheinung sei, so wäre hier der beste Beweis geliefert für das tiefe Misstrauen, welches — leider nicht ohne Berechtigung — alles, was von den Herrschaften kommt, bei den Dienenden begegnet. Ein dauerndes Hindernis für Benutzung der Stellenvermittlung darf natürlich nicht bestehen bleiben; der Verein müßte in diesem Falle entschieden die gemeinsame Organisation aufgeben.

Schade wäre dies allerdings in mancher Hinsicht, auch weil der Besuch der Vereinsversammlungen eine Quelle nützlicher Erfahrungen für die Herrschaften ist und in ihrer Art durch nichts anderes zu ersetzen ist. Die eindringlichste Kritik des öffentlich gesprochenen Wortes, das uns nicht direkt angeht und uns doch voll mit trifft. Der eckliche Jern, mit dem das eine Mädchen über den Wangel an Zeit klagt — sie käme nicht dazu, sich auch nur ein Paar Strümpfe zu waschen. Die natürliche Enttäuschung über die Rücksichtslosigkeit, welche die andre bis tief in die Nacht bei unwürdiger Arbeit schickte, weil die Gnadige sich verplaudert und das Bad, das inzwischen ausbleibt, nochmals gebietet werden muß — diese Empfindungen finden ihren Widerhall ebenso wie bei den Arbeitsgenossen auch bei der Arbeitgeberin. Sie wird sicher bei der nächsten Gelegenheit ihrer Angestellten die Zeit lassen, die sie bis jetzt nicht gegeben, weil sie nicht gelernt hat, sich in die Lage der Dienenden zu versetzen. Sie wird keine Notharbeit machen lassen, denn sie geduldet der Empörung, die sie selbst darüber empfinden hat.

Man nennt dies jetzt „social“ empfinden. Der Ausdruck ist neu, weil die Sache neu ist, und niemand wird leugnen, daß sie ein brauchbarer Hebel ist, um einige Hindernisse aus dem Wege des Fortschritts zu beseitigen und zu räumen. Aber übersehen darf man das sociale Empfinden nicht, wenn man sich schwere Enttäuschungen meiden will. Gerade in Sachen der Dienstangestellten hat es sich auch erst dann gezeigt, als der Wangel an guten Dienstmädchen, an Dienenden überhaupt, auch dem

Streikthätigen gezeigt hat, daß hier tiefe Mißstände obwalten müssen. Diese naturwüchsig Art der Selbsthilfe eines Standes, Abnahme der Mitglieder in abnormer Weise, ruft energischer und erfolgreicher nach Abhilfe als die wohlwollendste Bestimmung, welche doch immer nur für sich selbst einsehen kann und nicht die Menschen bei ihrer empfindlichsten Seite packen kann, dem Eigennutz.

Will man im Interesse der Dienenden den entscheidenden Schritt thun, so wie man für Abschaffung der Bestände-Ordnung. Je früher dieser Ueberrest alter Zeiten und veralteter Sitten aus unserm Leben weggeführt wird, je besser für beide, für Herrschaften wie für Angestellte. Mäße der rührige und aufstrebende Bereich bei seinen Mitgliedern die Erkenntnis wecken und pflegen, daß hier das Haupthindernis ist für eine gedeihliche Entwicklung des Verhältnisses zwischen Herrschaften und Angestellten. Zu diesem Sinn kann das Zusammenwirken der beiden scheinbar unvereinbaren Elemente für beide gute Früchte tragen.

Eingegangene Druckschriften.

„Archiv für sociale Bewegung und Statistik.“ Das neueste Doppelheft dieser zum 13. Jahrgang erscheinenden, von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen Zeitschrift (Berlin, Carl Heymann's Verlag) hat u. a. folgenden Inhalt: Abhandlungen: Das preussische Erbe betreffend die Warenhäuser. Von Dr. Heinrich Sohn, Reichsanwalt in Berlin. — Die Landwirtschaft im Deutschen Reich. Nach der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik im Deutschen Reich vom 14. Juni 1898. Von Prof. Dr. D. Rauberg in Prag. — Ueber Schiedsgerichte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach dem deutschen Gewerbegerichts-Gesetz und der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Von R. v. Schulz, Gewerbeichter und Vorsitzender des Gewerbegerichts in Berlin. — Der gegenwärtige Stand der Wohnungsfrage in England. Von Edward Bernstein in London. — Gesetzgebung: Deutsches Reich. Die Novelle zur Gewerbe-Ordnung vom 30. Juli 1900. Von D. Woltenbuter, Mitglied des Reichstags, in Ottenheim. Abhandlung des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 30. Juni 1900. — Dänemark. Das Gesetz über das Recht zu Zeugenvernehmungen für gewerbliche Schiedsgerichte. Von Adolf Jensen, Sekretär des staatlichen Amtes in Kopenhagen. — Miscellen: Die Ergebnisse der schweizerischen Wohnungsstatistik. Von Dr. Emil Hofmann, Nationalrat in Frauenfeld. — Die Heimarbeit in der schweizerischen Konfektionsindustrie. Von Dr. Fritz Winter in Wien. — Literatur: Aulemann, B., Vandalenrecht, Die Gewerkschaftsbewegung. Besprochen von Edward Bernstein in London.

China.

Neapel, 23. August. (W. Z. B.) — Verspätet eingetroffen.) Feldmarschall Graf Waldersee ist heute früh 1 Uhr 40 Min. mit seinem Stabe auf der „Sachsen“ in See gegangen.

London, 23. August. (W. Z. B.) Eine aus Peking vom 18. August datirte, von Tschu am 21. August abgegangene Depesche des Generals Caselle besagt: In einer am 12. August abgehaltenen Konferenz der Befehlshaber der verbündeten Truppen war beschlossen worden, daß sich die verbündeten Truppen 5 Meilen von Peking am 14. August vereinigen und den Sturm am 15. August unternehmen sollten. Der Angriff wurde jedoch schon am 14. August früh morgens begonnen. Die britischen Truppen hatten einen Eilmarsch von 15 Meilen von Tsungtschi bei großer Hitze zu machen. Sie befanden sich auf dem äußersten linken Flügel und griffen das südliche Thor der Chinesenstadt an. In Wirklichkeit wurde hier kein Widerstand geleistet. Die indischen Truppen beachten das Thor ein, die andern Truppen folgten mit der Kavallerie und den Kanonen. Nachdem eine Mittelung nach dem Tempel des Himmels gesandt worden war, um den linken Flügel zu sichern, rückte der Haupt-Truppenkörper nach den Befehlshabern vor, bei welcher er um 8 Uhr nachmittags ankam. Inzwischen wurde die Feldartillerie aufgeführt, um auf das mittlere Thor der Tartarenstadt zu feuern, aber die amerikanischen und russischen Truppen nahmen das Thor, bevor die Beschießung begann. Zwei Kanonen wurden in die britische Befehlshaber hineingebracht, die andern wurden nach dem Tempel des Himmels zurückgesandt. Bei Einbruch der Nacht waren 400 Mann britischer Truppen in der Befehlshaber. Im Laufe des Abends fand am Tempel des Himmels ein Gefecht statt, und nachdem den Chinesen schwere Verluste beigebracht worden waren, wurde das südliche Thor der Chinesenstadt von den Truppen besetzt.

Rom, 23. August. (W. Z. B.) Admiral Candiani telegraphiert an den Marineminister, daß er sich mit dem italienischen Befehlshaber in Peking in direkter Verbindung befindet. Lieutenant Paulini und sechs Matrosen von der italienischen Schutzwache zur Verteidigung der Befehlshaber seien leicht verwundet. Von der Kaiserin-Witwe fehlten alle Nachrichten. Nach Shanghai habe er das Schiff „Uda“ entsandt. Das gesamte Personal der Befehlshaber sei unverfehrt. Heute sind hier auch beruhigende Depeschen von Vito Costanti, dem Sohne des früheren Ministers des Reichern, Herzog von Sermoneta, und von dem Agenten des Peking-Subsidiats, Eugenio Fabbione, eingegangen.

Daag, 23. August. (W. Z. B.) Einer Depesche zufolge, welche das Ministerium des Auswärtigen heute vom niederländischen Konsul in Tientsin erhalten hat, ist der niederländische Befehlshaber in Peking, Knobel, am 18. August leicht verwundet worden.

Washington, 23. August. (W. Z. B.) Das Kriegsministerium hat Befehl erteilt, 4000 Mann, die auf dem Wege nach Taku waren, nunmehr nach Manila zu transportieren.

Tokio, 21. August. (W. Z. B.) Nach einem aus Peking eingelaufenen Telegramm wird gemeldet, daß die Kämpfe am 15. d. M. zur Befreiung des Kaiserpalastes so lange dauerten, weil die Truppen davon abließen, Artillerie gegen den Palast zu richten. Am 16. wurde das Hauptthor besetzt. Die Stadt ist fast vollständig vom Feinde besetzt. Die Verluste des japanischen Marine-Detachements, welches die Befehlshaber besetzt hatte, betragen fünf Tote und acht Verwundete.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Grossen a. C., 23. August. (W. Z. B.) Auf der im hiesigen Kreise geeigneten Feldmark Riechitz wurden bei einem Gevitter zwei Frauen und ein kleiner Knabe vom Witz getödtet.

München, 23. August. (W. Z. B.) Die auswärts verbreiteten mangelhaften Nachrichten über das Befinden des Dichters Hermann Lingg sind ungründet. Der Zustand Linggs hat sich durchaus nicht verschlimmert. Er ist nicht bettlägerig, sondern unternimmt täglich außerhalb seines Hauses Spaziergänge.

Wien, 23. August. (W. Z. B.) Der König Budapest-Fürste entließ bei der Station Kelenfeld. Die Lokomotive sowie zwei Waggons wurden zerschmettert, Passagiere jedoch nicht verletzt.

London, 23. August. (W. Z. B.) Das Kolonialamt veröffentlicht Briefe der Mitglieder des Unterhauses John Ellis, Clark und Labouchere, welche in Pretoria angekommen wurden. Ellis schreibt an eine Frau Colly in Südafrika und bittet sie um Beweiskräfte betreffend Mißbräuche in der Anwendung des Kriegsrechts. Das Schreiben Clark ist am 29. September 1899 an den Präsidenten Krüger gerichtet worden. Clark beschrieb darin eine Unterredung mit Chamberlain, der sein blühendes Verhalten etwas zu bebauern scheint und aufbeimend geneigt sei, die Suerzänkeit fallen zu lassen. Clark bespricht sodann die Wahrscheinlichkeit des Krieges und meint, es könne die Position Krügers stärken, wenn er sich der Gebirgs-Pässe versichere als Maßregel zur Verteidigung, das werde aber auf England und den Kontinent eine schlechte Rückwirkung ausüben.

Paris, 23. August. (W. Z. B.) Der „Temp“ erklärt, er sei in der Lage, versichern zu können, daß keine Rede davon sei, die Dauer der Weltausstellung über das ursprüngliche geleglich festgesetzte Datum, den 5. November, hinaus zu verlängern. Die meisten Gebäude der Ausstellung würden übrigens den Anhalten des Winters nicht widerstehen können.

New York, 23. August. (W. Z. B.) In Akron (Ohio) ist durch die gegen die Regier entstandene Bewegung ein Schaden von einer Million Dollars verursacht worden. Der Böbel hat das Rathaus in Brand gesetzt, sämtliche Aften sind verbrannt. Neun Compagnien Miliz bewachen die Trümmer. Drei Personen sind getödtet, 18 verwundet.

New York, 23. August. (W. Z. B.) Das Rabelschiff „Anglia“ hat bis heute Mittag 1614 Seemeilen Rabel gelegt.

Kongress der Schneider und Schneiderinnen.

Halle a. S., 22. August.

Die Diskussion über Punkt „Presse“ wird fortgesetzt, der Antrag, die Fachpresse von Hamburg nach Stuttgart zu verlegen, wurde abgelehnt...

Ueber den Punkt „Stellungnahme zu dem Internationalen Kongress und der Internationalen Schneiderkongress in Paris“ referierte Medaieur Stühmer...

Der Antrag: „Der Kongress wolle die Frage behandeln, in wie weit die vom Staat und den Gemeinden an Unternehmer vergebene Arbeiten betreffend der Bekleidung der Staats- und Gemeinbedienten einer besseren Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterwerfen sind...“

Der nunmehr eingetroffene französische Delegierte Rougera, der Abgeordneter der Schneider-Gesellschaft in Paris ist, bringt der Versammlung die herzlichsten Grüße von den Mitgliedern der dortigen Organisation dar...

Verbandstag der Schneider

wurde von dem Vorsitzenden Holzhaus gegen 3 Uhr nachmittags eröffnet. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 51 Delegierte...

Totales.

Dritter Wahlkreis. Im Anschluß an die Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg veranstaltete die Parteigenossen des dritten Wahlkreises im großen Saal des Gewerkschaftshauses...

Die Mißhandlungen von Volksschülern durch die Lehrer zu entschuldigen und das Pflanzungsrecht zu verteidigen bemüht sich ein hiesiges Vorortblatt, der „General-Anzeiger“...

Das Verhalten des „General-Anzeiger“ gilt bezweifelndweise nicht der Thatsache, daß sich ein Jugendzögling zu so unverantwortlichen, jeden fühlenden Menschen abstoßenden Mißhandlungen hinreichend...

Weiter heißt es in dem Blättchen, die Berliner Vororte hätten daher (nämlich weil sie meist von Socialdemokraten bewohnt werden) zum großen Teil ungezogene Kinder...

Als die Socialdemokratie ist nach dem „General-Anzeiger“ schuld an den häufigen Schülermißhandlungen. Die ungezogenen Kinder der Socialdemokraten sind nur darum bedacht, die Lehrer zum Prügel zu reizen...

Aus solchen Gründen soll ein vernünftiger Pädagoge überhaupt nicht züchtigen. Der „General-Anzeiger“ aber sagt sein pädagogisches Glaubensbekenntnis in den Worten zusammen: Im alten Griechenland wußte man schon: Wer nicht geschunden wird, wird nicht erzogen.

Nach recht Christlich.

Die Schleifen-Ausstellung im Gewerkschaftshaus wurde bisher von ca. 150.000 Personen besucht. Da der Andrang unvermindert anhält...

Der Bevölkerungsaustausch Berlins mit den Vororten hat sich im Jahre 1899 etwa auf derselben Höhe gehalten wie im Vorjahr. Wirklich zugenommen haben die Zugzüge aus den Vororten nach Berlin...

Krieg im Frieden. Die zum Manöver in das Havelland abgerückten Truppenteile des Garderegiments und des III. Armeekorps haben, der „Volkst.“ zufolge...

Von anderer Seite wird gemeldet: Im Manövergelände des Garderegiments sind dieser Tage wieder mehrere Fälle von Hirschschlag vorgekommen...

Durch eine furchtbare Explosion wurde am Donnerstagmorgen um 7 1/2 Uhr ein Arbeiter getötet und der Meister schwer verletzt. Auf dem Grundstück Tegelerstr. 15...

Ueber den furchtbaren Unglücksfall wird weiter berichtet: Das eigentliche Grundstück besteht aus einem Vorderhaus, einem linken Seitenflügel und einem Quergebäude...

Das Verfahren gegen den Strampfwaren-Fabrikanten Deloff, Schillingstr. 3, dessen unter dem Verdacht der Brandstiftung erfolgte Verhaftung im November vorigen Jahres großes Aufsehen hervorrief...

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich vorgestern morgen auf dem Bahnhof Westend. Dort geriet der Stationsassistent Jüll während des Rangierens zwischen die Räder zweier Wagen...

eignet. Am 10. Januar d. J. erhielt der Rangierer Fischel einen Schlag mit einer Stoppelung über den Kopf. Er war mehrere Wochen dienstunfähig...

Die „Volkst.“, der wir diese Zusammenstellung entnehmen, macht mit Recht als eine Ursache dieser Unglücksfälle die lange Arbeitszeit von 12 Stunden...

Todesgefahren wurde am Mittwochabend um 8 Uhr vor dem Hause Frankfurter Allee 103 die 64 Jahre alte Frau Auguste des früheren Eisenbahnassistenten Weiser aus der Subenertstraße 19...

Durch einen Sturz in den Leib hat sich am Mittwochabend um 9 1/2 Uhr der 33 Jahre alte Buchhalter Julius Schulz aus der Algaerstraße 123 auf dem Bahnhof Friedrichstraße das Leben genommen...

Bei der Explosion einer Spiritusküche wurde am Donnerstagmorgen um 2 Uhr das 24 Jahre alte Dienstmädchen Hulda Hirsch lebensgefährlich verletzt...

Auf eigenartige Weise verunglückt ist am Mittwochabend der 42 Jahre wohnungslose Gelegenheitsarbeiter Otto Wächler. Die Witwe Scherz aus der Frenzlauerstr. 19 hatte ihn zum Koffen von Wäsche angemommen...

Aus den Nachbarorten.

Johannisthal, Nieder-Schöne-weide. Die „Freie Turner-Gesellschaft Johannisthal“ bezieht am Sonnabend, den 25. d. Mts., die Fester ihres dritten Stiftungsfestes...

Über-Schöne-weide. Sonnabend, den 25. August, findet bei Töpfer die Vereinsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Gäste willkommen.

Treptow, Bannschuldenweg. Am Sonntag, den 26. August, veranstaltet der Verein Vorwärts einen Besuch der Treptower Sternwarte.

Stralau-Hummelburg. Die Kaffalfeier der hiesigen Parteigenossen findet Sonntag, den 26. d. M., von nachmittags 4 Uhr ab, in der „Victoria-Brauerei“ zu Stralau statt.

Ein Abenteuer seltener Art erlebten am Mittwochnachmittag Kutschknecht, welche sich zu Fuß, Rad und Wagen auf der Köpnicer Chaussee befanden. Hinter Nieder-Schöne-weide haben die Leute ein eigenartiges großes Tier in getrocknetem Lauf auf sich zukommen...

Die 26 „Ostasiaten“, welche als Angehörige des Ostasiatischen Reiter-Regiments in Potsdam in einem dortigen Tanzlokal einen Exceß verübten, indem sie sich renitent gegen den revidierenden Unteroffizier vom Dienst benommen hatten...

Ein Unglücksfall in einer Fabrik beschäftigt gestern die erste Ferienkammer des Landgerichts I. In einem Montage d. J. wurde in der Maschinenbau-Anstalt in der Adlerstraße eine Maschine auf einen Wagen geladen. Es geschah dies mittels eines Kranes, der von vier Leuten gedreht wurde. Die schwere Maschine war bereits so hoch gehoben, daß sie auf den Wagen herabgelassen werden sollte. Die Arbeiter mußten daher durch Nachgeben des Sinkens der Maschine veranlassen. Dabei kamen die beiden Ketten mit einander in Verührung, daß eine über der andern lag, die Hemmkraft wurde dadurch aufgehoben und die Maschine fiel ein Stück abwärts. Die Arbeiter vermochten die Last nicht zu halten, sie wurden beiseite geschleudert, dem einen schlug die Kurbel aber gegen den Körper und brach ihm beide Unterentel. Er hat ein langes Krankenlager durchmachen müssen. Der Eigentümer der Fabrik wurde zur Verantwortung gezogen, obgleich er zu jener Zeit bettlägerig krank gewesen war. Der § 53 der Unfallversicherungs-Vorschriften bestimmt, daß das Aufheben schwerer Gegenstände mittels Kranes nur vorgenommen werden darf, wenn an beiden Seiten der Drehfurbel eine Vermeidung angebracht ist. Dies war im vorliegenden Falle verabfümt worden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Leop. Meyer, richtete an den gerichtlichen Sachverständigen die Frage, ob das Unglück vermieden worden wäre, wenn die Vermeidung angebracht gewesen wäre. Der Sachverständige mußte dies verneinen, durch die zufällige Verstellung der beiden Ketten würde immerhin ein starker Knick entstanden sein, der das Unglück herbeiführt haben würde. Unter diesen Umständen mußte der Staatsanwalt die Freisprechung beantragen und der Gerichtshof demgemäß erkennen.

Ein frecher Heberfall auf einen Radfahrer auf dem Tempelhofer Felde beschäftigt gestern die erste Ferienkammer am Landgericht II. Der Schuhmachermeister Frömming in Groß-Neukölln fuhr in der Nacht vom 8. Juni d. J., nachdem er um 10 Uhr seinen Laden geschlossen, mit zwei Fremden auf dem Felde spazieren. Gegen 11 Uhr befand sich die kleine Gesellschaft auf dem Tempelhofer Felde, als sie plötzlich von Begelagerern angegriffen wurde. Sand und Steine flogen den Radlern entgegen, die ersten beiden Radler kamen glücklich vorüber und fuhren weiter, Frömming jedoch, der als dritter fuhr, mußte absteigen, weil ihm Sand in die Augen gestoßen war. Er ging indes mutig auf die Begelagerer zu und fragte, was diese wollten. Sofort wurde er von allen Seiten umringt, von hinten festgehalten und mit einem schweren Anstiel mehrfach geschlagen. Mit Mihe und Not gelang es dem Gemühten, sich loszuwinden und unter Zurücklassung seines Rades die Flucht zu ergreifen. Die sofort aufgefahrene Polizei ermittelte nach längerem Vermühen die vermeintlichen Täter. Am 20. bzw. 21. Juni wurde der 23jährige Tischler Otto Merzen, der 30jährige Drechsler Friedrich Schubert, der 20jährige Arbeiter Paul Kuhbaum und der 17jährige Arbeiterbursche Alfred Dönnbrack unter dem Verdachte der Teilnahme an dem Heberfall in Untersuchungshaft genommen. In der Hauptverhandlung bezichtigten sich zum Teil die Angeklagten gegenseitig, teils gestanden oder bestritten sie. Der einzige Belastungszeuge, Schuhmachermeister Frömming, stellte den Verfall in der Weise der Anklage dar. Wie er erfahren, habe Merzen das Rad verkauft, jedenfalls hat der Zeuge daselbe nicht wiederbekommen. Der Gerichtshof konnte den Diebstahl nicht als bewiesen erachten, und ebenso mußte gegen Dönnbrack auf Freisprechung erkannt werden. Wegen des gemeinschaftlichen Heberfalls und der Körperverletzung wurden Merzen, Schubert und Kuhbaum zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Attentat auf den Reichstags-Abgeordneten Dr. Lieber beschäftigt kürzlich auch das Reichsgericht. Das Landgericht I in Berlin hat am 9. Juni den Verlags-Druckhändler und Schriftsteller Adolf Brand wegen öffentlicher tätlicher und wörtlicher Verleumdung des Dr. Lieber, begangen am 12. November v. J. vor dem Portal des Reichstags, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. — In der Revision des Angeklagten, die anscheinend nicht von ihm selbst verfaßt war, wurde gerügt, daß der Angeklagte nicht auf seinen Geisteszustand untersucht worden ist; außerdem wurde Beschwerde geführt über die Ablehnung von Zeugen. — Das Reichsgericht verwarf die Revision.

Tariffällung beistellte sich ein Artikel, der in Nr. 7 der Fachzeitung „Der Steinarbeiter“ vom 17. April enthalten war. In diesem Artikel wurde behauptet, daß der Werkmeister Töpfer von der Firma C. F. Lehmann in Striegau ohne Vorwissen der Inhaber den gültigen Tarif zum Schaden der Arbeiter in einigen Positionen geändert habe. Hieran ward eine scharfe Kritik geübt und darauf hingewiesen, daß durch eine solche Modifikation das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer nicht gefördert wird. Durch diesen Artikel fühlte sich der Werkmeister Töpfer beleidigt und strengte gegen den verantwortlichen Redakteur Ottomar Schmidt zu Striegau die Privatbeleidigungssache an, in welcher gestern vor dem Nizdorfer Schöffengericht Termin anstand. Erhielten war nur der Beklagte, welchem Rechtsanwalt Wolfgang Heine zur Seite stand. Für den Kläger war Justizrat Wärdner-Nizdorf erschienen. Durch die Beweisaufnahme, die in Striegau stattgefunden hatte, wurde festgestellt, daß tatsächlich an dem Tarif Änderungen vorgenommen waren, daß aber dieser Änderungen nicht der Kläger, sondern der Architekt Zimmermann sich schuldig gemacht habe. Justizrat Wärdner beantragte die Verurteilung des Beklagten, Rechtsanwalt Heine plädierte auf Freisprechung. Wenn sich der Beklagte in der Person geirrt habe, so kann man ihm das nicht so hoch anrechnen, da er eben nicht gut informiert worden. Es stehe dem Beklagten aber auch der § 193 zur Seite, da er sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden habe. Im übrigen müsse er Verurteilung beantragen, da der dem Gerichtshof vorliegende Tarif nicht der sei, der sich im Comptoir der Firma C. F. Lehmann befindet und an welchem die Forderung vorgenommen sei. Außerdem bittet er, nochmals die Beweisaufnahme vorzunehmen und die Zeugen gegenüberzustellen, damit die Aussagen des Töpfer, Zimmermann und der Comptoiristin in einigen Punkten widerlegt würden.

Nach kurzer Beratung beschließt der Gerichtshof die Verurteilung dem Antrage des Rechtsanwalts Heine gemäß.

Verhandlungen.

Im Wahlverein des dritten Kreises fand am Dienstagabend eine Mitgliederversammlung statt. Nach einigen Anerkennungsworten des Vorsitzenden für verstorbene Mitglieder ehrte die Versammlung sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Sodann nahm der Parteigenosse Dr. Bernheim das Wort zu einem Vortrag über: „Der Kampf des Sozialismus gegen die Volkstrunkenheit.“ In der darauf folgenden Diskussion waren alle Redner darin einig, daß alle Volkstrunkenheit, sei es der Alkoholismus, sei es die Syphilis oder die Tuberkulose, nur beseitigt oder doch wenigstens auf ein Minimum zurückgedrängt werden können, wenn es gelingt, die arbeitenden Klassen auf ein höheres Niveau der Lebensführung zu bringen. Das aber könne nur geschehen, wenn sich alle Arbeiter politisch und gewerkschaftlich organisierten, denn nur so könne man einen bestimmenden Einfluß auf das Staatswesen ausüben. Dr. Bernheim sagte dann noch, die Arbeiter hätten alle Ursache, bei den Krankenkassen darauf hinzuwirken, daß die Verwaltung in ihre Hände käme, denn auch von politisch gewerkschaftlichen Organen werde allgemein zugegeben, daß die von Arbeitern geleiteten Kassen besser verwaltet würden. Insbesondere soll man die Bestrebungen, welche angeblich auf eine „Reform“ der Kassen abzielten, derart, wie sie von Regierungsrat Hoffmann ausgehen, streng im Auge behalten. Unter „Vereinsangelegenheiten“ wurde noch auf ein gemüthliches Beisammensein aufmerksam gemacht, welches nächsten Sonntag im Gewerkschaftshaus im Anschluß an die Provinzialkonferenz stattfindet. Nach einer Aufforderung, jederzeit die Arbeiterpresse zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südost) hielt am 21. August bei Weidner in der Waldemarstraße eine gut besuchte Versammlung ab. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken Wilhelm Liebknechts und des kürzlich verstorbenen Genossen E. Schulz in der üblichen Weise. Genosse Redakteur Ströbel referierte dann über: Die Entwicklung der englischen Arbeiterklasse und die Politik. Redner knüpfte an die Ausführungen v. Eins in der „Neuen Zeit“ an, wonach innerhalb des Emanzipationskampfes des Proletariats die soziale Betätigung in den Gewerkschaften, Genossenschaften u. dgl. wichtiger sei, als die politische Wirksamkeit, und es auf die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Wahlvereine weniger ankomme, als auf die der Gewerkschaften und Genossenschaften. Nach v. Eins sei die Hauptfrage, welche Nachstellung das Proletariat im sozialen Leben einnehme, und diese solle in England eine größere sein wie bei uns. v. Eins habe hiermit Ansichten niedergelegt, die bei weiterer Verbreitung in der Partei bedenkliche Veränderungen unserer Politik zur Folge haben müßten. Denn wenn England durch seine Arbeiterbewegung dem sozialistischen Endziel näher gekommen wäre als Deutschland, dann hätten wir auch die Konsequenzen daraus zu ziehen und die Frage zu erörtern, ob wir nicht die soziale Betätigung der politischen vorziehen sollten.

Nach einer eingehenden geschichtlichen Darlegung der Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung, die sich von der Episode der Chartistenbewegung abgehe, in der gewerkschaftlichen Tätigkeit verkörpert, giebt Redner die Bilanz der Entwicklung. Die Sturm- und Drangperiode des neuen Unionismus habe fast keine Spur hinterlassen. Die Gewerkschaften hätten wieder einen ähnlichen Charakter angenommen, wie sie ihn zwischen 1834 respektive 1860 und 1875 besaßen. Wären sie auch nicht ganz so verknüpfert, so sei ihnen doch ein konservativer Zug eigen. Die englische Arbeiteraristokratie sei vielfach verpießert. Für Hunderennen, Pferderennen und andern Sport zeigten sie mehr Interesse, wie für das politische Leben. Auch erfülle sie noch ein starker Nationalitätsdünkel. Gelegentlich ihrer neueren großen Kämpfe hätten sie zwar die Unterstützung der festländischen Arbeiter gern genommen, seien aber selber sehr konstant, wenn es gelte, Arbeiter des Kontinents zu unterstützen. Es sei ja nicht zu leugnen, daß die sozialistischen Ideen vielfach bei ihnen Verständnis gefunden hätten, aber von einer nennenswerten Ausbreitung und intensiver Aufnahme derselben könne nicht die Rede sein. — Die Frage, ob der Sozialismus in England wirklich mehr Aussicht habe, müsse Redner nach alledem verneinen. v. Eins habe unrecht, Genoss hätten die englischen Arbeiter ihre Lage enorm verbessert, gewiß seien ihre Genossenschaften mit dem riesigen Umlauf von mehr als einer Milliarde Löhnebeweg zu unterstützen und anderhalb Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter seien sicherlich eine große Macht. Für die nächste Zeit sei aber keine Aussicht vorhanden, daß diese anderhalb Millionen ihre Macht im Sinne des Sozialismus anwenden würden. Darauf komme es aber an, nicht bloß auf die Vorbereitungen der Partei, (Rebakter Weisfall). — Es entspann sich eine längere Debatte, die sich teils im Sinne des Referats hielt, teils um die Frage drehte, ob streng neutralisierte Gewerkschaften zu vertreten seien. Auger Fiedler, der die Politik der Gewerkschaften fernhalten möchte, sprachen sich alle Redner gegen Neutralisation aus. Im Schlußwort vertrat der Referent seinen bekannten Standpunkt.

Eine öffentliche polnische Parteiversammlung fand Sonntag, den 19. d. M., im Lokale des Herrn Lorenz, Markgrafenstraße, statt. Genosse Haase referierte über das Thema: „Das polnische Proletariat im Kampfe mit dem Jarentum.“ In der Diskussion begründete der Referent folgende Resolution: Die heutige Versammlung der polnischen Sozialdemokraten protestiert auf das allerenergischste gegen die neue Verordnung des preussischen Kultusministers. Diese Verordnung, welche den Religionsunterricht in polnischer Sprache und den polnischen Sprachunterricht für die Kinder in Polen verbietet, widerspricht den Grundgesetzen der Gleichberechtigung, welche die in Preußen wohnhaften Polen für ihre Kinder beanspruchen können, und ist ein neuer Anschlag gegen unsere Mutterproche. Die polnischen Sozialdemokraten sind der Meinung, daß der Unterricht der Mutterproche eine Kulturfrage ersten Ranges für jedes Volk bildet und wiederholen sie alte Forderung: „Für die polnischen Kinder — polnischer Unterricht in polnischen Schulen.“ In dem Vorgehen der preussischen Regierung sehen die polnischen Sozialdemokraten einen neuen Beweis, daß die heutigen Regierungen den Interessen des polnischen Volks nicht entsprechen. In diesem Sinne fordern die polnischen Sozialdemokraten das polnische Volk auf, bei allen politischen Aktionen des Vorgehens der preussischen Regierung und alles bisher geschehenen Unrechts eingedem zu sein. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach einer kurzen Diskussion erstattete Genosse Morawski, als Delegierter der polnischen Genossen in der Brandenburger Agitationskommission, den Bericht über seine Tätigkeit in der Kommission. In der Diskussion wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch laut, die Agitation unter den polnischen Arbeitern in der Provinz Brandenburg in Zukunft lebhafter zu gestalten. Zu der bevorstehenden Provinzialkonferenz wurden die Genossen Morawski und Bersus delegiert.

Die Steinarbeiter waren am Dienstag versammelt. Nach Erledigung der Abrechnung vom letzten Quartal wurde Marschall zum Hilfskassierer gewählt. Das Sommerfest brachte, wie mitgeteilt wurde, ein Defizit von 48 M. Die Frage, ob die Berliner Steinmeyer auf allen Plätzen den Tarif einhalten, rief eine lebhafteste Erörterung hervor. Der Obermeister Dittmar hatte den Altgeleierten aufgefordert, sich wegen etwa vorhandener Mißstände mit ihm in gemeinsamer Sitzung zu besprechen. In dieser Besprechung stellte sich heraus, daß bei Himmel sowie bei Feidler fremder Stein im Accord gearbeitet wird. Die Versammlung sprach sich dahin aus, daß dies ein Verstoß gegen den Tarif sei und nahm einen Antrag an, wonach Steinorten, die nicht im Tarif erwähnt sind, nur im Lohn gearbeitet werden sollen.

Der Verband der Bergolder ehrte in seiner Versammlung vom 20. August zunächst das Andenken des Genossen Liebknecht sowie das des Kollegen Hebenstreit in der üblichen Form. Hierauf hielt Fräulein Altmann einen beifällig aufgenommenen Vortrag: „Um was wir kämpfen.“ Die Abrechnung vom zweiten Quartal ergab eine Einnahme einschließlich Bestand von 3897,85 M., eine Ausgabe von 1322,88 M., so daß ein Bestand von 2574,97 M. verbleibt. Ein Antrag Langner, Einführung eines Sozialauschusses und Abschaffung des Pflanzensystems betreffend wurde nach erfolgter Begründung des Vorstands zur Beratung überwiesen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß in München-Pasing Differenzen ausgebrochen sind; ferner dahin ist fernzuhalten. Den freitenden Sattlern überwieß die Versammlung 50 M.

Der Genosse Jubelt bittet um Aufnahme dieser Berichtigung: In der öffentlichen Versammlung der G. A. S. und S. A. N. W. i. e., welche am Dienstag in Kellers Festsaal tagte, habe ich nicht gesagt, daß ich Mitglied der Dreimaterialien-Deputation sei. Ich konnte das gar nicht sagen, da ich der Deputation noch nie angehört habe. Auch habe ich nicht ausführen können, daß Herr Stadtrat Jabel über den Schacher höchst empört sei und deshalb seine Pensionierung nachgesucht habe; denn mir war bekannt, daß Herr Jabel und ein Soldatier Stadtrat war und deshalb auch nicht pensioniert werden konnte. Ferner habe ich gesagt: Daß der Einheitspreis von 10 Pf., ein Antrag, der von sozialdemokratischer Seite gestellt war, auf Annahme nicht rechnen konnte, der Einheitspreis von 12 Pf. mit großer Majorität von der Stadtverordneten-Versammlung angenommen wurde, aber der Magistrat diesem Beschlusse bisher noch nicht beigetreten sei. Ich habe nicht gesagt, daß dies im Zusammenhang steht mit der Rückkehr von der Gas- zur Kohlenfeuerung. Ich führte aus: Da den größeren Geschäften der Preis von 10 Pf. pro Kubikmeter zu teuer sei, habe ein größerer Teil der Kollegen wieder zur Coalsfeuerung gegriffen.

Vermischtes.

Der König und der Karikaturzeichner. In den bekanntesten Besuchen des französischen Seebades Deauville gehört König Leopold von Belgien, der, wie ein französisches Blatt mitteilt, sehr häufig von Ostende auf seiner Yacht herüberkommt, um den Reinen zu besuchen. Der König läßt sich gewöhnlich nur von seinem Flügeladjutanten begleiten. Letzten Sonntag aber wurde der König dem doch etwas unruhig, als er sich am Totalisator fortwährend von einem Reugierigen beobachtet sah, der ihn auch nicht eine Sekunde aus dem Auge ließ. Als man dem Könige mitteilte, daß der kleine Herr der Karikaturzeichner Sem sei, ging Leopold mit raschen Schritten auf Sem zu und sagte: „Mein Herr, ich sehe, daß sie gerade dabei sind, mein Konterfei zu zeichnen.“ — „Aberdings, Eure“ erwiderte der Künstler. — „Zeichnen Sie mich aber nicht, wenn ich sehe. Wenn ich gehe, hinter ich ein wenig. Das müssen Sie mir zeigen.“ — „Beruhigen Sie sich, Eure“, sprach Sem, „ein König hat von einem Karikaturisten weniger zu fürchten als von einem Anarchisten.“

Marktpreise von Berlin am 22. August 1900. nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums. Tabelle mit 4 Spalten: Artikel, Preis, Artikel, Preis. Enthält Preise für Getreide, Mehl, Öl, Butter, Käse, Fleisch, etc.

Produktenmarkt vom 23. August. Im heutigen Getreidemerkte vermochte sich Weizen, der durch die festere Haltung der amerikanischen Märkte gekehrt wurde, zu behaupten. Eine Steigerung des Preises fand nicht statt, da das eingetretene schone Wetter einer solchen nicht förderlich war, aus Oesterreich-Ungarn niedrigere Notierungen gemeldet wurden und hier Realisationslust vorhanden war. Roggen stellte sich niedriger unter dem Einfluße reichlicherer russischer Offerten, die jedoch keiner Annahmeweiung begegneten. Roggen blühte 0,25 Pf. ein, Weizen blieb unverändert. Hafer war still und behauptet, Rindvieh war für Markt angeboten und 30 M. niedriger.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. G. M. 99. Der Rat anderer Leute kann Ihnen in Ihrer Lage wenig nützen. Sie müssen selbst zusehen und versuchen, ob Sie eine Ihnen zurechnende Beschäftigung erhalten. P. R. Central-Krankenkasse der Vater, Kaiserer Hansen, Graunferstraße 2, Seiten II. — Mantuffelstraße. 1. Es giebt Zorcheboote, die bis zu 20 Knoten die Stunde zurücklegen. 2. Die Betriebsordnung in Deutschland schreibt vor, daß bei Eisenbahnen die Fahrgeschwindigkeit bis zu 90 Kilometer die Stunde geheizert werden kann. 3. Ein Knoten = Seemeile enthält 1855,11 Meter. — G. S. 36. Wenden Sie sich unter Darlegung Ihrer Verhältnisse an die hiesige Juwelen-Grzetzungsanstalt in Dönhofsberg. S. L. 27. Als Mittel zur Verhütung des Wurmraus empfiehlt sich die Anwendung von Petroleum, Salpater und Carbonium. Auch Salzsäure vorsichtig angewendet erzielt gute Wirkung. C. A. Der Meister hat dafür zu sorgen, daß der Arbeiter seinen Accord ungehindert beenden kann. G. M. 01. Kranke „Aanghunde“ werden im Tierchutzverein nur dann geholt, wenn Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, eventuell der Verkauf die Verpflegungskosten deckt. Andernfalls werden die Hunde nach acht Tagen getötet. Für die dem Verein übergebenen kranken Hunde muß der Befürger die Verpflegungskosten, täglich 40-50 Pf., zahlen. R. 25. Wasserbäder mit über 2000 Konogonomen. B. 177. Wegen des überzogenen Andrangs von Berichten über solche Fellen mußten wir von der Wiedergabe einzelner absehen. Aus diesem Grunde ist auch der übrige nicht veröffentlicht worden.

Witterungsüberblick vom 23. August 1900, morgens 8 Uhr. Tabelle mit 4 Spalten: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter. Enthält Wetterdaten für verschiedene Städte wie Berlin, Hamburg, Köln, etc.

Wetter-Probule für Freitag, den 24. August 1900. Ein wenig kühler, zunächst ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden; später aufklarend.

3. Wahlkreis. Sonntag, den 26. August, abends 7 Uhr, im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Nfer 15: Gemüthliches Beisammensein. Entrée inkl. Garderobe 20 Pf. 240/16

Freie Volksbühne

Eröffnungs-Vorstellung im Lessing-Theater: Die Macht der Finsternis. Drama in 5 Akten von Graf L. Tolstoj. In Scene gesetzt vom Ober-Regisseur Witte-Wild. Spieltage der I. Serie für diese Aufführungen: 2., 9., 16., 23., 30. September, 7. und 14. Oktober.

In Vorbereitung: Ueber die Kraft. I. und II. Teil. Von Björnsterjerne Björnson. Artistische Leitung: Ober-Regisseur Adolf Steinert. Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre neuen Mitgliedskarten aus den Zahlstellen abzuholen, da dieselben sonst an neue Mitglieder verabfolgt werden. Für die VII. Abteilung können sich neue Mitglieder in allen Zahlstellen melden.

Ordner-Sitzung. Sonnabend, 25. August, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Sticher, Dresdenstraße 118. In dieser Sitzung können sich neue Ordner an den Köchen der Mitglieder melden. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Redaktoren-Geuch. Die erste Redaktorenliste an der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung in Dortmund soll zum 1. Oktober d. J. neu bezieht werden. Bewerbungen werden unter N. 6 an die Expedition des „Bormärts“, Berlin, Brühlstr. 3, erbeten. 62690*

